

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

V. Jahrgang

Friedrichshafen, 1. Oktober 1965

DM 0,60

2S 21395 E

Der Kampf wird härter

**Nach der Wahl größere Verantwortung des DGB
SPD muß wieder eine politische Alternative bieten**

Zwei Wochen nach den Wahlen zum fünften Deutschen Bundestag zeichnen sich die ersten Konsequenzen der Wahlentscheidung ab: In Baden-Württemberg werden die Preise für Brot- und Backwaren erhöht, die Wirtschaftskammer des Kreises Warburg erklärt, daß die Kartoffelpreise sich gegenüber dem Vorjahr um 100 Prozent erhöhen werden, für Lederwaren und für Herrenbekleidung werden höhere Preise angekündigt und die CDU/CSU in Bonn sabotiert hartnäckig das Berliner Passierscheinabkommen für die diesjährigen Weihnachtsfeiertage und Neujahr. Bei den Wählern, die dem von den Unternehmern bezahlten Propagandatrommelfeuer erlegen sind, wird sich in den nächsten Wochen und Monaten die Erkenntnis durchsetzen müssen, daß sie anstatt der versprochenen Sicherheit einer mehr als unsicheren Zukunft entgegengehen. Das Parteiengezänk vor der Wahl ist inzwischen abgelöst worden durch den Koalitionsstreit der Regierungsparteien, der mit einer beispiellosen Gehässigkeit geführt wird, und der CDU/CSU-Wahlslogan „Es geht um Deutschland“ hat sich in die Devise „Es geht um Ministersessel und Gruppenegoismus“ verwandelt.

Für die Lohn- und Gehaltsempfänger und ihre Gewerkschaften ist das Wahlergebnis keine reine Freude. Selbst wenn man nicht übersieht, daß die Regierungskoalition, auch gegenüber einer so schwachen Opposition, wie es die SPD in der Vergangenheit war, an Bundestagsmandaten verloren hat, wird sich die Lage für die Gewerkschaften in Zukunft schwieriger entwickeln. Es ist durchaus damit zu rechnen, daß die CDU/CSU ihren aggressiven außenpolitischen Kurs weitersteuern und innenpolitisch mit aller Macht nun auch noch die verfassungsändernden Notstandsgesetze im Bundestag durchzusetzen versuchen wird. Schon während des Wahlkampfes hat Erhard unmißverständlich damit gedroht, prüfen zu lassen, ob die Gewerkschaftspolitik sich noch im Einklang mit dem Grundgesetz befinde. Eine Drohung, die nichts anderes bedeutet, als gegebenenfalls staatliche Maßnahmen gegen die Gewerkschaften in die Wege zu leiten.

Es wird sich nun zeigen müssen, ob die Sozialdemokratische Partei aus dieser neuerlichen Wahlniederlage gelernt hat. Der Verzicht auf eine Alternative zur CDU/CSU-Politik hat sich offensichtlich nicht ausgezahlt, und es kann nun eigentlich für die Sozialdemokratische Partei keine andere Folgerung geben als die, sich im Bundestag als entschiedene Opposition gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU zu zeigen.

Für viele Gewerkschafter mag der Mißerfolg der DFU eine Enttäuschung sein. In dem Hexenkessel der Verleumdungen und Verdrehungen hatte die DFU es schwer, sich durchzusetzen. Die Tatsache ihres bedauerlich geringen Zuspruches ist aber keineswegs gleichbedeutend mit der Ablehnung ihres Alternativprogramms zur Deutschland- und Notstandspolitik der Bonner Regierungspartei. Vielleicht ist der Mißerfolg der DFU darauf zurückzuführen, daß es ihr an einer klaren Aussage mangelte in bezug auf die sozialpolitischen Vorstellungen. Auf keinen Fall war das Auftreten der DFU zwecklos, denn sie allein hat den Mut gehabt, jene politischen Fakten in den Wahlkampf zu tragen, die für das deutsche Volk lebenswichtig sind und um deren Diskussion sich die Bonner Parteien während des Wahlkampfes in unverantwortlicher Weise gedrückt haben.

Für die Gewerkschaften wird es nach diesem Wahlergebnis darauf ankommen, noch entschlossener als bisher die Interessen der arbeitenden Menschen gegenüber der reaktionären Außen- und Innenpolitik wahrzunehmen. Die Erfolge der Gewerkschaften gegen die Realisierung der Notstandsgesetze vor der Wahl

(Fortsetzung umseitig)

Aus dem Inhalt

	Seite
Ein Tabu wurde durchbrochen	2
SPD und Gewerkschaften ..	3
IG Metall weist den Weg ..	4
Tarifpolitik im Vordergrund	6
Bergbau soll Gemeineigentum werden	7
Worum geht es in der EWG-Krise?	9
Arbeitshetze wird schlimmer	10

Am Gängelband

Der „Industriekurier“, das Sprachrohr der westdeutschen Unternehmer, hat vor einiger Zeit über die Wahlvorbereitungen der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände einen bemerkenswerten Bericht veröffentlicht, den sie gleichzeitig zur „Nachahmung“ empfohlen hat. Darin heißt es:

„Unternehmer und Wirtschaftsverbände pflegen zuweilen Geld an politische Parteien zu geben ... Für eine Fahrt ins Blaue gibt es kein Geld. Schon aus diesem Grunde ist es verständlich, daß das Bestreben vorherrscht, den Kandidaten, die sich für den neuen Bundestag empfehlen, auf den Zahn zu fühlen. Der Arbeitgeberverband, der in diesen Tagen in der drittgrößten Stadt des Bundesgebietes die Kandidaten der bürgerlichen Parteien zu einer Aussprache eingeladen hatte, verfolgte aber auch noch einen anderen Zweck. Er wollte den persönlichen Kontakt, der nach der Wahl nötig ist, schon vor der Wahl anbahnen. Es ist unerlässlich, daß sich die Parlamentarier ständig aus erster Hand informieren können ... Zum Lobe der Bundestagskandidaten sei gesagt, daß sie sich bereitwilligst dem Verhör unterzogen.“

Jene Bundestagsabgeordneten, die sich „bereitwilligst dem Verhör“ der Unternehmerverbände unterwarfen und sich von ihnen dafür ihren Wahlkampf bezahlen ließen, gehören vermutlich zu den Volksvertretern, die nach dem Vorbild des Herrn Höcherl nicht mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. Sie müßten sonst wissen, daß ein Bundestagsabgeordneter weder an Aufträge noch an Weisungen gebunden werden kann.

Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände aber wünscht offensichtlich, daß nach dem Grundsatz gehandelt wird: Wessen Geld ich im Wahlkampf verpulvert habe, dessen Lied ich im Bundestag singen werde...

okolus

Ein Tabu wurde durchbrochen

**ÖTV-Chef Kluncker knüpfte erfolgreich „Ostkontakte“
Zusammenarbeit mit osteuropäischen Gewerkschaften**

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat vor einigen Tagen das Ergebnis der Reise des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker nach Karlsbad in der CSSR gutgeheißen. Diese erste Kontaktaufnahme eines westdeutschen Gewerkschaftsvorsitzenden mit Gewerkschaftsvertretern osteuropäischer Länder kann als ein Wendepunkt der offiziellen DGB-Politik gegenüber Gewerkschaften in kommunistisch regierten Ländern angesehen werden, zumal die Reise mit Billigung des Bundesvorstandes des DGB erfolgte.

Heinz Kluncker hatte Anfang September in Karlsbad an dem Kongreß der „Internationalen Gesellschaft für das Studium der Lebensbedingungen der Arbeiter“ teilgenommen. Die Initiative dazu war von der tschechoslowakischen Gewerkschaft für das Gesundheitswesen ausgegangen. Am Rande des Kongresses hatte der ÖTV-Chef mehrere Gespräche mit Funktionären der drei tschechoslowakischen Gewerkschaften des Transportwesens, des öffentlichen Dienstes und des Gesundheitswesens sowie mit Repräsentanten der polnischen Gewerkschaft für Gesundheitswesen und der Gewerkschaft der Staatsbediensteten in der Sowjetunion geführt.

Nach seiner Rückkehr aus Karlsbad zeigt sich Kluncker über das Reiseergebnis sehr zufrieden, und er lobte insbesondere die herzliche Gastfreundschaft der tschechischen und slowakischen Gewerkschafter. Offensichtlich ist der erste Versuch, mit einem Tabu zu brechen, wie der ÖTV-Vorsitzende selbst seine Reise bezeichnet hatte, geglückt. Die folgenden Vereinbarungen dürften das bestätigen:

■ Informationsaustausch über berufliche Fachfragen zwischen der Gewerkschaft ÖTV und den tschechoslowakischen Gewerkschaften mit entsprechendem Organisationsbereich;

■ die gleichen Beziehungen auch zwischen der ÖTV und der Gewerkschaft für Gesundheitswesen in Polen

■ und der Staatsbediensteten in der UdSSR;

■ Austausch von gewerkschaftlichen Studienorganisationen mit diesen drei Ländern vom Beginn des kommenden Jahres an;

■ Einladung der tschechoslowakischen, polnischen und sowjetischen Gewerkschaftsvertreter des Transport- und Gesundheitswesens sowie der Staatsangestellten nach Stuttgart, dem Sitz des ÖTV-Hauptvorstandes;

■ Besuch einer Abordnung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV in Prag, Warschau und Moskau.

Nach den Worten Klunckers ist es die Absicht seiner Gewerkschaft, die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern aus erster Hand kennenzulernen bzw. den Besuchern aus der Tschechoslowakei, aus Polen und der Sowjetunion Einblick in die politische Situation und das Leben der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zu verschaffen.

Auf die politischen Aspekte seiner Initiative angesprochen, meinte Kluncker in einem Gespräch mit dem „Spiegel“: „Was gut ist für Beitz, ist auch gut für Kluncker ... Wir wollen ja schließlich nicht gerade die letzten kalten Krieger sein.“ Heinz Kluncker berief sich auf die lebhaften „Ostkontakte“ der westdeutschen Wirtschaft — und hier namentlich des Krupp-Bevollmächtigten Beitz — sowie auf die vielfältigen Verbindungen verschiedener Organisationen und Körperschaften bis hin zur Bundesregierung, die gerade erst Staatssekretär Carstens nach Moskau entsandt hat, um schließlich seine Verwunderung angesichts der Schlagzeilen über seine Fahrt nach Karlsbad auszudrücken.

Nun dürften die Gewerkschaften und der DGB allerdings nicht ganz unschuldig daran sein, daß Klunckers Vorstoß in gewerkschaftspolitisches Neuland allgemein als Sensation empfunden wurde. Denn obgleich seit vielen Jahren Künstler, Wissenschaftler, Sportler, Kaufleute und sogar bundesdeutsche Politiker — mehr oder weniger intensiv — sogenannte Ostkon-

takte pflegen, hatte der DGB in Übereinstimmung mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) für seine Mitglieder eine Art Hallstein-Doktrin für Gewerkschafter errichtet, die auch heute noch nicht offiziell verworfen wurde und ihnen untersagt, in ihrer Eigenschaft als Gewerkschafter Verbindungen zu Gewerkschaftern in kommunistisch regierten Ländern aufzunehmen. So konnte der Eindruck in der Öffentlichkeit entstehen, als habe der DGB tatsächlich die Absicht, der „letzte kalte Krieger“ zu werden.

Zur Korrektur dieses Eindrucks hat nun Heinz Kluncker einen wesentlichen Schritt getan. Einmal ist zu hoffen, daß weitere Gewerkschafts- und DGB-Funktionäre seinem Beispiel folgen, und zum anderen wäre es jetzt angebracht, den „Anti-Kontaktbeschuß“ des DGB zu annullieren. Die These, daß man mit Kommunisten „nicht vernünftig reden“ könne, ist angesichts der Kluncker-Reise wohl nicht mehr glaubwürdig zu vertreten.

Auch unter dem Blickwinkel der auf Völkerverständigung und Friedenssicherung gerichteten Zielsetzung der Gewerkschaften ist die in der Vergangenheit gepflegte einseitige Kontraststellung zu den Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern nicht länger zu verantworten.

Allerdings konnte auch Heinz Kluncker in einem Punkte nicht überzeugen: Gleichartige Kontakte, wie er sie zu den tschechoslowakischen, polnischen und sowjetischen Gewerkschaften herstellte, auch mit den DDR-Gewerkschaften anzubahnen, lehnte er ab. Im eigenen Lande, vor der eigenen Haustür also, soll die gewerkschaftliche Hallstein-Doktrin auch künftig gelten. In gleichem Maße, wie eine solche Haltung deutscher Gewerkschafter gegenüber dritten, dem Ausland, peinlich wirkt, ist sie auch ungerechtfertigt. **Es ist unerlässlich, ein gutes Verhältnis nicht nur zu den Gewerkschaftskollegen im Westen, sondern auch im Osten herzustellen. Ebenso wichtig aber ist auch die Verständigung der Gewerkschafter in West- und Ostdeutschland.**

Es ist begreiflich, daß man — und besonders in dieser Frage — nicht alles auf einmal haben kann. Gemessen an dem Zustand, der den kalten Krieg als einen dauerhaften Bestandteil auch der Gewerkschaftspolitik erscheinen ließ, ist die Verständigungsleistung des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker ein Kurswechsel, der zu Hoffnungen auf einen wirksamen Beitrag zur Friedenssicherung durch die Gewerkschaften der Bundesrepublik berechtigten Anlaß gibt. Wie letztlich alle Wege „nach Rom“ führen, dürfte schließlich auch der von Heinz Kluncker eingeschlagene Weg — über die „Umwege“ Prag, Warschau, Moskau usw. — einmal nach Ostberlin führen. Das sollte besonders den deutschen Gewerkschaftern ein echtes Anliegen sein. Sb.

Der Kampf wird härter

haben bewiesen, daß sie in der Lage sind, das politische Konzept der CDU/CSU ernsthaft zu durchkreuzen. Die Demokratie erschöpft sich nicht im Parlamentarismus. Darum haben die Gewerkschaften ein legitimes Recht, als eine demokratische Organisation von den Menschen, die sie zu vertreten haben, alles abzuwenden, was den sozialen Standard gefährden und die demokratischen Freiheiten beeinträchtigen könnte.

Die kurz nach der Wahl stattgefundenen Gewerkschaftstage haben sich klar dafür ausgesprochen, den Kampf gegen die Notstandsgesetze weiterzuführen, die Atomrüstung zu verhindern, durch eine aktive Lohnpolitik den Lebensstandard der breiten Masse zu verbessern und durch eine Ausweitung der Mitbestimmung die gesellschaftliche Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen zu erkämpfen. Für die sozialdemokratischen Gewerkschafter stellt sich nun die Aufgabe, ihre Partei zu bewegen, diesen Kampf der Gewerkschaften durch eine energische Opposition im Parlament zu unterstützen.

sr

SPD UND GEWERKSCHAFTEN

Der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall hat in seinen Referaten, der Diskussion und den gefaßten Beschlüssen ein relativ umfassendes gewerkschaftspolitisches Alternativprogramm zur CDU/CSU-Politik auf der Grundlage des DGB-Grundsatzprogramms entwickelt. Deutlich wurden das Recht und die Pflicht der Gewerkschaften herausgestellt, als stärkste demokratische Massenorganisationen ihre eigenen politischen Vorstellungen und Ziele zu entwickeln und für deren Verwirklichung einzutreten.

Der IG-Metall-Gewerkschaftstag hat aber gerade in den politischen Grundfragen unserer Zeit auch die Kluft deutlicher werden lassen, die zwischen SPD und Gewerkschaften durch die von Wehner, Erler und Brandt betriebene Anpassung der offiziellen SPD-Politik an den Kurs der CDU/CSU entstanden ist. Willy Brandts Versuch, bei den IG-Metall-Gewerkschaftern um Verständnis für die Zustimmung der SPD-Führung zu den Notstandsgesetzen zu werben, war kein Erfolg beschieden. Jedwede Notstands- und Notdienstgesetzgebung und der Drang Bonn nach Atomwaffen, dem die SPD-Führung mit ihrer Zustimmung zur MLF Vorschub leistet, wurden vom 8. Gewerkschaftstag der IG Metall noch einmal entschieden abgelehnt.

Das Ergebnis der Bundestagswahl, der nicht erreichte Sieg, der von der Führung prophezeit worden war, könnte bei den Sozialdemokraten Anlaß zu der Erkenntnis sein, daß zur Erfolglosigkeit verurteilt ist, wer die CDU mit einer „besseren“ CDU-Politik zu schlagen versucht, und daß es eine einfach fehlorientierte Politik ist, um einer imaginären „Volkspartei“ willen sich in Grundfragen in offenen Gegensatz zu den Gewerkschaften zu stellen.

Denn wenn jemand die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Volkes repräsentativ verkörpert, dann ist es die stärkste Organisation des Volkes, der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Doch hat es nach den ersten Berichten aus der Bonner Parteibaracke der SPD nicht den Anschein, als habe der Ausgang der Bundestagswahl zur Ernüchterung und Rückbesinnung auf die Traditionen und Grundsätze sozialdemokratischer Arbeiterpolitik in den Führungsgremien der SPD geführt. Um so mehr hat das Ergebnis der Bundestagswahl die politische Verantwortung der Gewerkschaften erhöht, der sich kein Gewerkschafter mit der billigen Ausrede, das Volk habe ja die Wahl gehabt, entziehen kann. Wurden Hitler und seine Partei, die unser Volk in seine bisher größte geschichtliche Katastrophe führten, nicht auch gewählt?

Wo es um den Bestand der Demokratie, um den Frieden und damit die

Existenz des Volkes geht, gibt es keine Ausflüchte vor der eigenen Verantwortung einer so bedeutenden demokratischen Kraft wie der Gewerkschaften. Darum gilt es gerade jetzt, nach den Worten Otto Brenners zu handeln, die er in seinem Referat unter der Zustimmung der Delegierten des Gewerkschaftstages formulierte:

„Wir wollen nicht auf ‚gnädige Stunden‘ und auf die Erleuchtung von Politikern warten, die sich berufen glauben. Das ist schon öfter schiefgegangen! Wir wollen vielmehr nachholen, was vor 1933 und nachher versäumt wurde. Wir wollen unsere Pflicht wenigstens jetzt erfüllen!“ -pp-

AUCH VOLKSVERTRETER?

„Politisch von Bedeutung sind ... nicht die willkürlichen Gruppierungen nach der Berufsangabe, sondern vor allem die Gruppierungen, die sich nach ausgeübter Tätigkeit ableiten. Betrachtet man z. B. die Gruppe der Unternehmer, Groß- und Einzelkaufleute, der Manager und anderer in leitenden Positionen der Wirtschaft tätigen Persönlichkeiten, so ergibt sich die Tatsache, daß die Repräsentanz der deutschen Wirtschaft im Bundestag entgegen früheren Befürchtungen eher gestärkt worden ist.“

Diese Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl — unter dem Blickwinkel der Interessengruppen — fand sich in dem Unternehmerorgan „Industriekurier“ vom 24. September. Gleichzeitig stellte das Blatt fest, daß die von Hans Katzer angeführte sogenannte Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU „leicht geschwächt“ worden sei. Dagegen habe die Unternehmergruppe in ihren Reihen einige prominente Neulinge: Geschäftsführer Dr. Pohle vom Flickkonzern, den Kaufhauskönig Alphon Horten und noch ein paar dieses Schlages.

Wenn man sich nur vorstellen soll, daß diese Leute, die schon in den vergangenen Jahren den Tenor der wirtschafts- und sozialpolitischen Richtung bestimmten, beispielsweise über die gesetzliche Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfalle, über die Krankenversicherungsreform oder gar über ein neues Mitbestimmungsgesetz befinden werden, dann kann man sich das Resultat eigentlich schon im voraus ausrechnen. „Volksinteressen“ dürften für jene Leuten solche sein, die dem winzigen Völkchen der Wirtschaftsgewaltigen dienlich sind. Denn schon der „Volkskanzler“ Erhard hatte für die 80 Prozent Arbeitnehmer immer nur das Maßhalten und für die 3 bis 5 Prozent wirkliche Unternehmer die Subventionen und Steuergeschenke parat.

Wenn die Arbeitnehmerinteressen im 5. Bundestag offensichtlich noch unzureichender vertreten werden als in den früheren, so liegt es nahe, daß die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten — die Gewerk-

schaften — noch intensiver die Berücksichtigung ihrer Anliegen betreiben müssen. Sb.

VERMÖGEN - SO ODER SO?

Im Wahlkampf haben Erhard und die CDU-Prominenz heftige Attacken gegen das „Gewerkschaftsvermögen“ geritten. Dieses Vermögen, so behauptet Erhard, sei nicht in der Wirtschaft erworben, sondern den Gewerkschaftsmitgliedern mittels Beitragszahlung abgenommen worden.

Offensichtlich ging es Erhard im Verein mit den Großunternehmern darum, Stimmung gegen die Gewerkschaften zu machen und zugleich von der geradezu unwahrscheinlichen Vermögenskonzentration in der Bundesrepublik abzulenken. Sie verfolgten dabei zweifellos auch den Zweck, den Kampf der Gewerkschaften um eine gerechtere Vermögensverteilung, um die Kontrolle der Wirtschaftskonzerne und Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen zu diskreditieren.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall haben Otto Brenner und die Kasseler Delegierte Ilse Neumann die Angriffe der CDU energisch zurückgewiesen. Die Kollegin Neumann bezeichnete das Gewerkschaftskapital als Teil der Freiheit der Arbeitnehmer. Nach dem Gewerkschaftsbericht des Vorstandes der IG Metall entfallen auf jedes Mitglied beispielsweise etwa 20 DM Vermögen.

In der Broschüre des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Wirbel um wirtschaftliche Beteiligung“ wird die Beteiligung der Gewerkschaften an gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen mit 180 Millionen DM beziffert. Das Industrieinstitut behauptet demgegenüber, das Vermögen der Gewerkschaften betrage insgesamt 680 Millionen DM.

Selbst wenn man diese Summe als richtig unterstellt, hat das Unternehmerinstitut auch nicht im geringsten das Recht, darüber ein Wort zu verlieren, angesichts der Tatsache, daß den Industrie- und Bankkonzernen seit 1950 fast 240 Milliarden DM Vermögen zuge wachsen ist, Vermögen, das aus der Arbeit der Lohn- und Gehaltsempfänger, dem Konsumverzicht der Verbraucher und der reaktionären Steuerpolitik der Bonner Regierung entstand.

Der wesentliche Unterschied aber ist doch der, daß das Gewerkschaftsvermögen von den Mitgliedern kontrolliert wird, während über das Vermögen der Industrie- und Bankkonzerne nur eine Handvoll Multimillionäre zu bestimmen haben. Die Frage jedoch, ob das Gewerkschaftsvermögen immer zur Förderung gewerkschaftlicher Ziele eingesetzt ist und ob die Verwaltung auch immer gewerkschaftspolitischen Forderungen gerecht wird, ist allein eine Angelegenheit, die die Gewerkschafter zu entscheiden haben. Bb.

Die IG Metall weist den Weg

**Bremer Gewerkschaftstag für alle Arbeitnehmer bedeutsam
Kein Nachlassen im Kampf gegen Notstandsgesetze**

Die Industriegewerkschaft Metall hat auf ihrem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag im September in Bremen ihr Programm für die nächsten Jahre beschlossen. Es ist ein umfassendes Programm, von den kultur-, sozial- und wirtschaftspolitischen Leitsätzen bis hin zu den Fragen der allgemeinen Politik. Der Umstand, daß der Gewerkschaftskongreß bis wenige Tage vor der Bundestagswahl konferierte, hat ihm besonderes politisches Gewicht gegeben. Daß die Wahl inzwischen anders ausgefallen ist, als es die Gewerkschafter im allgemeinen erwarteten, ändert nichts an der Aktualität der Bremer Beschlüsse. Im Gegenteil, diese Beschlüsse, die ein für die gesamte Arbeitnehmerschaft akzeptables Regierungsprogramm abgeben könnten, gilt es jetzt mit dem größten Nachdruck der Zweimillionen-Gewerkschaft den verantwortlichen Politikern in Bonn ins Bewußtsein zu bringen.

Es gehört keine Prophezie dazu, vorauszusagen, daß der neue Bundestag in kürzester Frist bei den Notstandsgesetzen dort anknüpfen wird, wo der alte aufhören mußte. Auch die sozialdemokratische Bundestagsfraktion dürfte ihre Mitwirkung dabei noch ungenügend zu demonstrieren versuchen als in der abgelaufenen Legislaturperiode. In diesem Zusammenhang ist die in Bremen verabschiedete Entschließung gegen Notstands- und Notdienstgesetze von Bedeutung, in der die IG Metall ihre bisherige ablehnende Haltung zu diesem Gesetzeskomplex nochmals bekräftigt und ankündigt, *„die Grundrechte und Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen“*.

Die neugewählten (und zum größten Teil alten) Volksvertreter im Bundesparlament mögen sich diese Aussage zu Herzen nehmen. Sie riskieren, wenn sie auf dem beschrittenen Wege des Abbaus demokratischer Grundrechte weitergehen, ernste Konflikte mit Hunderttausenden Gewerkschaftern, die nicht nur in papierernen Deklamationen ihren Ausdruck finden dürften. Sowohl die verantwortlichen Funktionäre der IG Metall als auch zahlreiche Diskussionspartner geben zu erkennen, daß die Gewerkschaft in dieser Frage keinen Spaß verstehen werde.

Allerdings enthält die Bremer Entschließung zur Notstandsgesetzgebung nicht mehr jene Formulierung, um die gerade die IG Metall auf dem hannoverschen DGB-Kongreß so hartnäckig gerungen hatte, nämlich, daß die Gewerkschaften „jede zusätzliche gesetzliche Regelung“ des Notstandes ablehnen. In der Bremer Entschließung findet sich der Satz:

„Die Gewerkschaften lehnen weiterhin konsequent jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht.“

Man kann in dieser Formulierung die illusionäre These von den „demokratischen“ und „entschärften“ Notstandsgesetzen vermuten. Möglicherweise

handelt es sich dabei um ein Zugeständnis an den SPD-Parteivorstand, das Otto Brenner und seinen Vorstandskollegen mit der Aussicht auf eine sozialdemokratische Regierungsbildung in Bonn abgerungen wurde. Aber daraus wurde bekanntlich nichts, und jedes Notstandsgesetz und jede Verfassungsänderung, die in Bonn über die parlamentarische Bühne gehen sollte, würde die Machtfülle einer Exekutive und von Ministern stärken, deren Gewerkschaftsfeindlichkeit ja kein Geheimnis mehr ist (besonders nicht nach diesem Wahlkampf).

Die IG Metall hat darum allen Grund, mit unverminderter Härte auf die Verhinderung dieser Gesetze hinzuwirken. Der Bremer Beschluß gibt dafür eine ausreichende Handhabe. Auch haben Otto Brenner und sein Stellvertreter Alois Wöhrle mit deutlichen Worten zu verstehen gegeben, daß die Industriegewerkschaft Metall unverändert bereit ist, jedem Versuch, die Demokratie abzubauen, tatkräftig entgegenzutreten.

Gelegentlich vermittelte der 8. Gewerkschaftstag dem Beobachter den Eindruck, daß manche Akzente in der politischen und gesellschaftskritischen Aussage schärfer gesetzt worden wären, hätte man nicht bei allem, was man tat, erwogen, daß aus den Wahlen am 19. September vielleicht eine sozialdemokratische Bundesregierung hervorgehen könnte.

Dieser Eindruck wird auch durch die Behandlung des Antrags 42 zur Wirtschaftspolitik bestärkt, der durch Annahme der vom Vorstand eingebrachten Entschließung IX zur Eigentumsbildung für erledigt erklärt wurde. In Antrag 42 wird in Übereinstimmung mit dem Grundsatzprogramm des DGB gesagt:

„Der Gewerkschaftstag bestätigt erneut den Anspruch aller Arbeitnehmer zur Umverteilung der bisher einseitig gebildeten Vermögen.“ Dagegen vertritt die Vorstandsentschließung die vom SPD-Parteivorstand tolerierte und auf dem Düsseldorfer außerordentlichen DGB-Kongreß von Georg Leber mit Eifer vorgetragene These, wonach der „Anspruch aller Arbeitnehmer auf

eine angemessene Beteiligung an der sich laufend vollziehenden volkswirtschaftlichen Vermögensbildung“ bekräftigt wird. Die Abweichung von der bisherigen Haltung der IG Metall und vom DGB-Grundsatzprogramm ist unverkennbar.

Verwundert hat auch, daß der Antrag des Jugendausschusses, den 1. September wieder alljährlich in würdiger Form als Antikriegstag zu begehen, nur als Material an den Vorstand verwiesen wurde. Dagegen ist in der Entschließung Nr. V zur Abrüstung und atomaren Gefahr eine unmißverständliche Stellungnahme gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen enthalten. Mit Schärfe wendet sich der Gewerkschaftstag gegen Pläne, an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR einen Sperrgürtel mit Atomminen anzulegen. Statt dessen werden von der Bundesregierung und den Parteien eigene Abrüstungsinitiativen verlangt. In diesen Lebensfragen hat sich der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall zum Sprecher des ganzen deutschen Volkes, nicht nur der Arbeitnehmer, gemacht.

Unzureichend ist die Aussage des Gewerkschaftstages in jenen Bereichen, die man so gern als die „großen Tabus“ im DGB bezeichnet. Da ist zum Beispiel der auch unter diesem Blickwinkel harmlose Antrag 26 der Verwaltungsstelle Ludwigsburg, in dem festgestellt wird, daß es Aufgabe der Gewerkschafter sein müsse, Brücken auch zu unseren östlichen Nachbarn zu schlagen (womit beileibe nicht die DDR gemeint war). Man müsse die Vorbehalte abbauen, heißt es weiter darin, um schließlich eine *„Kontaktaufnahme von Mensch zu Mensch und zu den Organen in den Ländern Mittel- und Osteuropas“* zu empfehlen. Dieser Antrag wurde auf Empfehlung der Antragskommission als Material an den Vorstand überwiesen; das in einem Augenblick, als der OTV-Vorsitzende Heinz Kluncker gerade von seinem ersten und erfolgreichen Kontaktgespräch mit tschechoslowakischen,

Den Wortlaut bzw. Auszüge von Entschließungen und Reden lesen Sie, bitte, in der Beilage dieser Ausgabe.

polnischen und sowjetischen Gewerkschaftern aus der CSSR zurückgekehrt war. Es muß jedoch gesagt werden, daß auf früheren Gewerkschaftstagen der IG Metall derartige Anträge rundweg der Ablehnung verfallen sind. Nunmehr gibt es jedoch Anzeichen, die auf eine zeitgemäße Überprüfung des bisherigen Standpunktes hinweisen.

Unbefriedigend ist auch die Stellungnahme zur Deutschlandpolitik. Mit der politisch hochbrisanten und auch von den West-Alliierten nicht gebilligten Forderung der Entschließung zu Berlin und zur Wiedervereinigung Deutsch-

lands, die Bindungen West-Berlins „als Teil der Bundesrepublik“ weiter auszubauen und dort weiterhin Bundestagsitzungen abzuhalten, wird der Teil der Deutschland-Entscheidung wieder fragwürdig, in dem das Passierscheinabkommen und die Fortsetzung dieser Politik der kleinen Schritte begrüßt werden. Die menschlichen Bindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht abreißen zu lassen und mit allen Kräften für eine Politik der Entspannung und Verständigung einzutreten, sind weitere Forderungen des Gewerkschaftstages zur Deutschlandpolitik, denen in naher Zukunft hoffentlich auch die konkreten Schritte zu ihrer Verwirklichung folgen.

Einen Beitrag der Gewerkschaften zur Lösung des Deutschlandproblems, dem es nicht so sehr an guten Worten als vielmehr an guten Taten mangelt, hatte sich die IG-Metall-Verwaltungsstelle Velbert so vorgestellt:

„Der Gewerkschaftstag bekräftigt nachdrücklich das Recht des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung in Freiheit. Er beauftragt die Delegation der IG Metall im Bundesausschuß des DGB und die Delegation der IG Metall zum nächsten Bundeskongreß des DGB, sich dafür einzusetzen, daß unter Berücksichtigung der realen Bedingungen in Deutschland und außerhalb Deutschlands der Bundeskongreß des DGB einen Gesamtplan der Gewerkschaften erarbeitet mit dem Inhalt und dem Ziel, die Bemühungen des gesamten deutschen Volkes zur Wiedervereinigung erfolgreich zu erleichtern.“

Die Metalller aus Velbert drängen mit ihrem Vorstoß für einen neuen Deutschlandplan des DGB nicht durch. Aber gerade das ist es, was zur Zeit einen großen Mangel in der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik darstellt: es gibt Pläne und Programme zur Behebung des Bildungsnotstandes, der Automationfolgen, für die Mitbestimmung in der Wirtschaft, für die internationale Abrüstung und zur Beilegung der Konflikte in Vietnam und Kaschmir — und das ist gut so! —, aber die Gewerkschaften haben kein Konzept, und schon gar kein realistisches, für die Überwindung der Spaltung des eigenen Landes.

Es ist in den Tagen seit Beendigung des Bremer Gewerkschaftstages der IG Metall schon sehr viel darüber geschrieben worden. Die einen waren des Lobes voll, die anderen haben sich die Müler zerrissen. Uns kommt es indessen darauf an, mit positiver Kritik dort anzusetzen, wo es nötig ist. Die große gesellschaftspolitische Bedeutung und das erfolgreiche Gesamtergebnis des 8. Gewerkschaftstages der IG Metall bleiben ungeschmälert.

Der Bremer Gewerkschaftstag hat den Metallarbeitern und ihren Kollegen in anderen Bereichen der Wirtschaft ein gewerkschaftspolitisches Konzept ge-

geben, für das sich der volle Einsatz lohnt: Lösung der politischen Konflikte durch Verhandlungen; weltweite Abrüstung und Vernichtung der Atomwaffen; Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung; keine Notstandsgesetze sowie Verteidigung und Ausbau der demokratischen Rechte; Schaffung des sozialen Rechtsstaates, den das Grundgesetz fordert; Ausweitung und Sicherung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft; Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre; volkswirtschaftliche Rahmenplanung; stabile Preise; Ausbau der sozialen Sicherheit des arbeitenden Menschen; gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer am volkswirtschaftlichen Ertrag; Fortsetzung der aktiven Lohnpolitik.

Der mit 396 von 401 abgegebenen Stimmen (ein großer Vertrauensbeweis) wiedergewählte 1. Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat in seinem Hauptreferat bereits zu erkennen gegeben, daß sich die IG Metall nicht auf die nur-soziale Ebene abdrängen lassen werde. Wer sich die Forderungen der Metall-Gewerkschaft sachlich ansieht, dem wird sehr schnell klar, daß sie ohne Abstriche berechtigt und nur durch Entfaltung sozialer und politischer Aktivität zu realisieren sind. Dazu die Worte Otto Brenners, die über den Wirkungsbereich der IG Metall hinaus von allen Gewerkschaften in der Bundesrepublik beherzigt werden sollten:

„Es gibt für die Gewerkschaften keine politische Enthaltsamkeit. Wir sind verpflichtet, zu den großen politischen

Fragen unserer Zeit Stellung zu beziehen. Wir sind und bleiben unabhängig. Aber politische Neutralität kann es für die Gewerkschaften nicht geben, wenn auch manche Leute sie uns immer wieder andichten möchten.“

Bildungsprogramm der IG Metall für 6000 Teilnehmer

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall hat während des Gewerkschaftstages in Bremen das Programm für die Bildungsarbeit im Jahre 1966 beschlossen. Es sieht im einzelnen vor: für die bezirkliche Bildungsarbeit 750 Wochenendlehrgänge, 25 Wochenlehrgänge und 10 Mädchenseminare; für die zentralen Internatslehrgänge 258 Lehrgänge mit einer Dauer von drei Tagen bis zu sechs Wochen. Nach dieser Planung können 6000 Mitglieder der IG Metall im Jahre 1966 an einem zentralen Lehrgang teilnehmen.

das vertritt sich nun einmal nicht mit unserer gesellschaftlichen Aufgabe ... Auch das gehört zum Wandel unserer Zeit, daß die klassische Arbeiterpartei zur Volkspartei wird. Dies trägt natürlich zu einer stärkeren Betonung der politischen Aufgaben der Gewerkschaften bei. Weil die Parteien für sich beanspruchen, nicht mehr nur eine bestimmte Schicht der Bevölkerung zu vertreten, sondern das ganze Volk, sind wir erst recht verpflichtet, ihnen gegenüber unsere Auffassungen mit Nachdruck geltend zu machen.“ G.S.

Sozialpolitik muß dem Menschen dienen

Sehr gründlich beschäftigte sich der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall auch mit den Fragen der Sozialpolitik und der Arbeitssicherheit. Sowohl der Bericht des Vorstandsmitgliedes Gerd Muhr zu diesen Themen als auch die dazu angenommenen zwei Entschlüsse und 20 Einzelanträge enthalten sichtlich begründete, konstruktive Vorschläge und Forderungen zur Weiterentwicklung der Sozialpolitik und Verbesserung der Arbeitssicherheit.

In der Entscheidung Nr. XI, Sozialpolitik, wird festgestellt, daß die wiederholt zugesagte umfassende Sozialreform nicht durchgeführt wurde und es der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages offensichtlich an einer sozialfortschrittlichen Gesamtkonzeption fehlt. Als vorrangig werden umfassende Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit und regelmäßige ärztliche Vorsorgeuntersuchungen herausgestellt. Begründet wird das mit einem Hinweis auf den besorgniserregenden Umfang der Frühinvalidität und die erhöhte Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung nach dem 30. Lebensjahr.

Für die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung wird die Beseitigung

aller Versicherungspflichtgrenzen verlangt und die Absicht der Bundesregierung, eine solche Einkommensbegrenzung auch für Arbeiter einzuführen, noch einmal zurückgewiesen. Die Entscheidung erinnert an die immer noch ausstehende arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall und fordert eine zeitgemäße Neuordnung der Krankenversicherung. Jede zusätzliche Kostenbeteiligung wird abgelehnt und statt dessen eine ausreichende Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze und Befreiung der Krankenversicherung von sachfremden Leistungen gefordert.

Unter Hinweis auf die technische Entwicklung und Automation wird ein umfassender Schutz gegen Arbeitslosigkeit, eine wesentliche Erhöhung der Leistungsbemessungsgrenze in der Arbeitslosenversicherung und eine Änderung der Berechnungsgrundlagen des Arbeitslosengeldes, das mindestens zwei Drittel des letzten Arbeitseinkommens betragen soll, verlangt. Für die Einrichtungen der Sozialversicherung wird die volle Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer gefordert.

In der Entscheidung erneuerte der Gewerkschaftstag die Forderung, daß Erwerbsunfähigkeitsrenten und Alters-

Tarifpolitik im Vordergrund

Gute Analysen, scharfe Kritik und konstruktive Aussagen auf dem 7. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

Die Gewerkschaften stellen sich auf eine Schlechtwetterperiode im Verhältnis zu Bonn ein und ziehen daraus den Schluß, daß weitere Erfolge in Richtung auf den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in verstärktem Maße von der eigenen Kraft und Initiative abhängen. Das ist der Eindruck, den die Gewerkschaftstage nach den Wahlen, vor allem der 7. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, vermitteln.

Naturgemäß standen für die Vertreter der annähernd 145 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft die Fragen der Tarifpolitik im Vordergrund, da der wenige Tage zuvor getätigte Tarifabschluß im graphischen Gewerbe in den Betrieben auf starke Kritik gestoßen war. Trotzdem kamen die sozial- und gesellschaftlichen Hauptfragen in Diskussion und Beschlußfassung nicht zu kurz, so daß, insgesamt gesehen, von diesem 7. Gewerkschaftstag kräftige Impulse für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ausgehen können.

Gewerkschaftsvorsitzender Heinrich Bruns konnte in seinem Geschäftsbericht darauf verweisen, daß die IG Druck als erste Gewerkschaft in der Bundesrepublik, vom 1. Oktober 1965 an, die 40-Stunden-Woche tariflich verwirklicht habe, weiterhin sei ein Urlaubsgeld und der Wegfall der Ortsklassen durchgesetzt worden.

Diese Erfolge wurden auch von den Kritikern der tarifpolitischen Arbeit anerkannt. Sie wandten sich jedoch gegen den neuen Lohn- und Gehalts-

tarif, der lediglich Einkommensverbesserungen von 7,1 Prozent vorsieht, obwohl die ursprüngliche Forderung 12 Prozent betragen hatte. 38 Diskussionsredner ergriffen zur Tarifpolitik das Wort. Sie hoben die Streikbereitschaft ihrer Kollegen hervor, die noch nie so groß gewesen sei wie in diesem Jahr.

Aus diesem Grunde sei zu kritisieren, daß die IG Druck und Papier sich von den Unternehmern des graphischen Gewerbes habe überlisten lassen. **Das Verhandlungsergebnis schaffe auch darum Unzufriedenheit, sagten die Diskussionsredner, weil es zustande gekommen sei, ohne die Mitgliedschaft zu fragen.**

Darüber hinaus wurde auf dem Gewerkschaftstag die Forderung nach einer Änderung der Vermögensstruktur in der Bundesrepublik erhoben. Der 2. Vorsitzende des Landesbezirks Bayern, Schweisberg, übte scharfe Kritik an dem Zweckgerede über Vermögensbildung, von dem man gar nicht sprechen könne, da die Größen, um die es sich handele, nur zur Einkommensverbesserung reichten.

ruhegeld 75 Prozent des Bruttoverdienstes vergleichbarer Arbeitnehmer nicht unterschreiten dürfen. Für Berufsunfähigkeitsrentner, die keine neue Beschäftigung finden können, soll die Vollrente gewährt, die Begrenzung der Zurechnungszeit auf das 55. Lebensjahr aufgehoben und die Altersgrenze stufenweise herabgesetzt werden. Eine Aufnahme der Selbständigen in die Rentenversicherung der Arbeitnehmer (auf deren Kosten!) wird mit Nachdruck abgelehnt. In den beschlossenen Einzelanträgen befinden sich dazu ergänzende Einzelforderungen: So nach Einführung einer ausreichenden Mindestrente und Streichung der Ruhensvorschriften beim Zusammentreffen von zwei Renten.

Bedeutende Forderungen der beschlossenen Einzelanträge sind noch: Schaffung eines einheitlichen sozialärztlichen Dienstes für alle Sozialversicherungsträger, um das gegenwärtige Durch- und Gegeneinander hier zu überwinden, dessen Opfer oft der Arbeitnehmer ist; die Beseitigung aller Aussteuerungsfragen; eine gesetzliche Regelung, wonach während Kur und Schonzeit für sechs Wochen der Lohn oder das Gehalt fortzuzahlen ist und diese Zeiten nicht auf den Jahresurlaub

angerechnet werden dürfen; bei Betriebsunfall die Gewährung des Versicherungsschutzes auch für das ungeborene Kind. Für die Verbesserung des Mutter- und Säuglingsschutzes wird in einem Antrag die Verwirklichung der DGB-Novelle durch ein weiteres Ergänzungsgesetz gefordert.

In der Entschließung Nr. XII, Arbeitssicherheit, wird an die noch unerfüllten Forderungen wie systematische Ausbildung der Vorarbeiter, Meister, Techniker und Ingenieure in Fragen der Arbeitssicherheit, den Erlass eines Maschinensicherheitsgesetzes und eines Sicherheitsingenieurgesetzes sowie die Einrichtung weiterer Lehrstühle und Institute für Arbeitsmedizin erinnert. Energisch verwahrten sich die IG-Metall-Delegierten gegen die Manipulation des Bundes, der Rentenversicherung Schulbuchforderungen statt Geld aufzuzwingen.

Ein umfassendes Programm sozialer Verbesserungen haben die Delegierten des 8. Gewerkschaftstages beschlossen. Daß es in der praktischen Gewerkschaftsarbeit der nächsten Jahre auf seine Verwirklichung ankommt, dafür wird jeder Metall-Gewerkschafter sorgen müssen.

A. Böpple

Es sei aber nötig, die „Unternehmer zur Ausschaltung des egoistischen, des sozialen Profitmotivs in Wirtschaft und Politik zu zwingen“; das müsse geschehen durch die Übernahme nicht nur von Mitbestimmungs-, sondern im Endeffekt von Selbstbestimmungsorganen auf allen Ebenen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens durch die Arbeitnehmer.

Heinrich Bruns bezweifelte in seinem Schlußwort die Möglichkeit, gegenwärtig die Produktionsmittel zu vergesellschaften. Man dürfe aber auch nicht untätig zusehen, wie die Produktivvermögen der Unternehmer durch ständige Investitionen wachsen. Darum müßten die Gewerkschaften den Anspruch der Arbeitnehmer auf einen Anteil am Investitionsvermögen populär machen. Bruns unterstrich weiterhin den Willen seiner Gewerkschaft, eine aktive Lohnpolitik zu betreiben, die eine Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Produktionsertrag erstrebe.

Mit der gleichen Leidenschaft wie die tariflichen Fragen diskutierte der Gewerkschaftstag auch über die politischen Probleme. Einmütig verabschiedete der Kongreß eine Entschließung „für Abrüstung und Völkerfrieden“, die sich gegen den Mißbrauch der Atomkraft für Rüstungszwecke wendet. Sie fordert die „Ausschaltung der Gewalt als Mittel der Politik“ und verlangt von der Bundesregierung und den politischen Parteien größere Aktivität im Sinne der Entspannung, des Friedens und der Einstellung des Wettrüstens. Eine weitere Entschließung verurteilt die Bestrebungen der Bundesregierung und der Militärs, an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen teilzuhaben. Die atomare Aufrüstung der Bundeswehr verschärfe die Trennung Europas und gefährde den Frieden.

Zur Wiedervereinigung wurde gleichfalls einstimmig eine Resolution verabschiedet, die von der Bundesregierung eine realistische Deutschlandinitiative fordert und in der sich die Delegierten für „eine verstärkte Politik der kleinen Schritte“ aussprechen. **Heinrich Bruns verwies in seinem Geschäftsbericht darauf, daß die Gewerkschaften noch immer konstruktive Vorschläge von Seiten der Bundesregierung zur Wiedervereinigung vermissen. Mit Wehklagen über die Mauer komme man heute nicht mehr weiter. Es sei an der Zeit, „seitens der Bundesregierung endlich das Gespräch über eine Wiedervereinigung mit denen zu führen, die es in erster Linie angeht“. „Wenn man den Frieden will, muß man zunächst die Verständigung herbeiführen.“**

In dieser aufgeschlossenen Atmosphäre wurde dann der Antrag des Landesbezirks Bayern behandelt, der eine Revision des Kontaktverbots zum FDGB durch den DGB fordert. Der Landesbezirksvorsitzende von Bayern,

Staatliche Regulierung der Wirtschaft

Von Dr. habil. H. Hemberger

Kaum vergeht ein Tag, an dem nicht Politiker, Wissenschaftler und Publizisten zur wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates Stellung nehmen. Wenn sie auch an vielen Details Kritik üben, so sind sie sich doch darüber einig, daß die staatliche Regulierung eine große Rolle im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik spielt. Sehr treffend charakterisierte dies Erich Kitzmüller im „Vorwärts“, als er in seinem Artikel „Planung ist nicht des Teufels“ folgendes schrieb:

„Überall ist der Staat der weitaus bedeutendste Einzelunternehmer innerhalb der Gesamtwirtschaft. Überall sind gewisse bedeutende Industrien staatlich gelenkt oder von staatlichen Regulationen erheblich abhängig ...

Überall läuft ein hoher Anteil des Volkseinkommens durch die staatlichen Budgets ... Allein die Rüstungs- und Militärausgaben machen in den meisten Ländern rund ein Zehntel des gesamten Volkseinkommens aus. Noch eindringlicher wird die übermächtige Präsenz des Staates sichtbar in jenen beiden Sektoren, die für den wirtschaftlichen Fortschritt am wichtigsten sind: Investitionen und Forschungsaufgaben. Mehr oder minder direkt kontrolliert der Staat in allen Ländern 40 bis 50 Prozent der Investitionen, und der staatliche Anteil an der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung ist noch höher zu veranschlagen. In manchen wirtschaftlich wie militärisch gleichermaßen bedeutsamen Bereichen (Luftfahrt, Atomtechnik, Elektronik) liegt der staatliche Anteil an Investitionen und Forschungsaufgaben weit über 50 Prozent.“

Ausmaß und Bedeutung der regulierenden Tätigkeit des bürgerlich-kapitalistischen Staates auf ökonomischem Gebiet sind hier durchaus richtig beschrieben. Offen bleibt jedoch die Frage nach den Grundlagen und Motiven dieser staatlichen Regulierung.

Die staatliche Regulierung der westdeutschen Wirtschaft ist keine zufällige oder vorübergehende Erscheinung, sondern sie ist das Ergebnis objektiver Entwicklungsprozesse. Ihre erste wesentliche Grundlage ist der gesellschaftliche Charakter der Produktion, ihre Konzentration und Spezialisierung mit der sich daraus ergebenden wechselseitigen Abhängigkeit und Verflechtung zwischen den Produktionszweigen und Betrieben. Daraus ergibt sich, daß die Leitung der objektiven Zusammenhänge der Produktion, die planmäßige Koordinierung zwischen den Produktionszweigen und einzelnen Phasen des volkswirtschaftlichen Kreislaufs sowie die Aneignung der Produktionsmittel und Produktionsergebnisse im Interesse der gesamten

Gesellschaft immer mehr zu einem objektiven Erfordernis werden. Durch die technische Revolution wird dieser gesamte Prozeß auf eine neue Stufe gehoben und der Druck zur gesamtgesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft in bedeutendem Maße verstärkt.

Unter den gegenwärtigen Eigentums- und Besitzverhältnissen in der Bundesrepublik, die durch eine übermächtige Konzentration wirtschaftlicher Macht gekennzeichnet sind¹, kann den Erfordernissen des Vergesellschaftungsprozesses nur bedingt Rechnung getragen werden. Sie werden zum Ausgangspunkt einer neuen Stufe der Monopolisierung des Wirtschaftslebens. Der bürgerliche Staat wird selbst zu einem Faktor der Monopolisierung. Durch eine enge Verflechtung mit der monopolisierten privaten Wirtschaft ergänzt und erweitert er diese Tendenzen. Gerade diese Verflechtung mit Industrie- und Bankenmonopolen ist die zweite wesentliche Grundlage für die staatliche Regulierung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik.

Sie bestimmt heute die Motive, den sozialen Inhalt der regulierenden Tätigkeit des Staates. Es geht darum, durch das Zusammenwirken von Staat und privater Wirtschaft im volkswirtschaftlichen Kreislauf, das mit der Vergesellschaftung der Produktion anwachsende Element der Planmäßigkeit und Organisiertheit für die Aneignung und Sicherung maximaler Gewinne auszunutzen.

Allein daraus ist zu erklären, daß die Bruttoprofite und Einkommen der Selbständigen, wobei berücksichtigt werden muß, daß die hierbei erfaßten Einkommen der Bauern, Handwerker, Einzelhändler usw. sehr niedrig sind und den statistischen Durchschnitt drücken) in den zurückliegenden 15 Jahren um fast 40 Prozent schneller gewachsen sind als die Bruttolöhne und -gehälter. Zum Beispiel konnten, wie das Deutsche Wirtschaftsinstitut festgestellt hat, 50 ausgewählte Aktiengesellschaften der Industrie in dem Zeitraum von 1950 bis 1960 ihre Profite um 630 Prozent steigern. Nicht zuletzt widerspiegelt sich dieses Ergebnis der staatlichen Regulierung in der Verteilung des Sozialproduktes. So z. B. ist der prozentuale Anteil des privaten Verbrauchs von 1950 bis 1960 von 64,2 Prozent auf 56,8 Prozent zurück-

gegangen. Seit diesem Zeitpunkt ist er bis heute etwa auf dem gleichen Niveau geblieben².

Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Begriff des privaten Verbrauchs mit dem Verbrauch der breiten Masse der Bevölkerung nicht identisch ist. In ihm ist der Verbrauch aller privaten Haushalte, also auch der Luxuskonsum und der Verbrauch privater Organisationen enthalten.

Dieses für die großen Konzerne günstige Ergebnis gewährleistete der Staat durch ein umfassendes System von Regulierungsmaßnahmen, das sich über den Staatshaushalt, die Notenbankpolitik usw. bis hin zu den „Grünen Plänen“ erstreckt. Zweifellos hat dabei die Steuerpolitik im Mittelpunkt gestanden, die durch Steuerprivilegien (z. B. durch die Einräumung der degressiven Abschreibung) den heute erreichten Grad der Selbstfinanzierung der Investitionen von 70 bis 80 Prozent ermöglicht.

Der objektive ökonomische Hintergrund für diese neue Stufe der Gewinnaneignung ergibt sich aus der widerspruchsvollen Wirkung des technischen Fortschritts auf die Profitrate. Diese Wirkung wird heute wesentlich dadurch bestimmt, daß es nicht mehr nur um einen bloßen, relativ ruhig sich durchsetzenden technischen Fortschritt geht, sondern um eine technische Umwälzung größten Ausmaßes.

Dies bewirkt erstens eine rasche Entwertung des fungierenden Kapitals und stellt zweitens völlig neue Anforderungen an die Investitionstätigkeit, sowohl was ihr Volumen als auch ihre Struktur betrifft. Und schließlich drittens wächst die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung, was wiederum entsprechende Kapitalaufwendungen verlangt. Diese Probleme der Kapitalakkumulation — ganz abgesehen von den sozialen Fragen — erfordern die neue Art und Weise der Profitaneignung, die durch das Zusammenwirken von Monopolen und Staat erreicht wird.

Aber nicht nur diese ökonomischen Gründe sind zu beachten. Die staatliche Regulierung verfolgt nicht nur die planmäßige Sicherung des Maximalprofits, sondern sie ist zugleich darauf bedacht, die gegenwärtige Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik, besonders ihre Eigentumsverhältnisse, überhaupt am Leben zu erhalten. Unter dem Einfluß der technischen Revolution und der vielfältigen gesellschaftlichen Probleme, die sie auf die Tagesordnung setzt, angesichts des ökonomischen Wettbewerbs der beiden gesellschaftlichen Systeme und nicht zuletzt infolge der Expansionspolitik der Bundesrepublik, werden alle wirtschaftlichen Fra-

¹ Diese Tatsache geht eindeutig aus dem „Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft“ hervor, der im Auftrage der Bundesregierung verfaßt wurde. (Vgl. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV 2320, S. 13 ff.)

² Vgl. Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik und Wirtschaftsberichte der Bundesregierung, laufend.

gen für die herrschenden Kreise in Bonn zu vorrangigen politischen Fragen. In diesem Sinne ist die staatsmonopolistische Regulierung ein Instrument, um alle wirtschaftlichen Kräfte und Ressourcen für den ökonomischen Wettbewerb zu mobilisieren, aber auch um die westdeutsche Wirtschaft für die Expansionsziele besser ausnützen zu können. Das schließt ein, daß die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Bevölkerung in Schranken gehalten werden und ihre Organisationen, besonders der DGB, einem wachsenden staatlichen Druck ausgesetzt sind. Nicht zuletzt beweist das die Notstandsgesetzgebung in umfassender Weise.

Ihren Inhalt nach ist die gegenwärtige staatliche Regulierung des Wirtschaftslebens der Bundesrepublik eine Profitregulierung. Daher erfaßt sie in keiner Weise die Interessen der gesamten Gesellschaft. Im Gegenteil! Sie richtet sich gegen die Mehrheit der Gesellschaft. Ihre Grundlage bleibt das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Deshalb ist sie aus der Sicht des historischen Fortschritts reaktionär und in ihrer Wirkung einseitig und begrenzt. Nicht zuletzt äußert sich das darin, daß durch die staatliche Regulierung Anarchie und Konkurrenz nicht aus der Welt geschafft werden. Allerdings treten beide heute in neuen Formen in Erscheinung. So z. B. in dem

Kampf der einzelnen Konzerngruppen um den beherrschenden Einfluß im Staatsapparat und auf die Entscheidungen der Regierung. Ebenso durchkreuzen sich die einzelnen staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen in ihrer Wirkung, was das sogenannte "magische Dreieck" der Wirtschaftspolitik: Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht hervorruft.

Vor allem gewährleistet die gegenwärtige staatliche Regulierung in keiner Weise, daß die sozialen Bedürfnisse der Arbeiterschaft und der anderen verklägten Schichten, wie höhere Bildung, Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, der Ausbau des Sozial- und Gesundheitswesens, kurzum die Gemeinschaftsaufgaben, in einer entsprechenden Art und Weise befriedigt werden.

Alles das wirft natürlich die Frage auf, wie sich die progressiven Kräfte gegenüber der gegenwärtigen staatlichen Regulierung verhalten müssen? Zweifellos kann es nicht darum gehen, die staatliche Regulierung überhaupt abzuschaffen. Die heutige staatsmonopolistische Regulierung in der Bundesrepublik widerspiegelt, wenn auch in verzerrter Weise, objektive Erfordernisse des erreichten Entwicklungsstandes der Produktivität. Die Forderung, die staatliche Regulierung zu beseiti-

gen, würde von diesem Gesichtspunkt her "Maschinenstürmerei" sein.

Aber es geht darum, daß der soziale Inhalt der gegenwärtigen staatlichen Regulierung der Wirtschaft der Bundesrepublik, ihre Ziele und Motive, die Art und Weise ihrer Verwirklichung verändert werden. Heute ist es doch so, daß jede Maßnahme der Bundesregierung auf wirtschaftlichem Gebiet eine kleine Schicht privilegiert, und zwar zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung. Jede dieser Maßnahmen, sei es in diesem oder jenem Bereich, berührt zutiefst die Lebenslage der werktätigen Schichten. Deshalb kann man sich nicht neutral gegenüber der staatsmonopolistischen Regulierung verhalten. Jede steuerliche Maßnahme, die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts, jede Disposition auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik usw. muß kritisch vom Standpunkt der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik betrachtet werden. Jede Maßnahme erfordert ein Gegenprogramm der demokratischen Kräfte, vor allem der Gewerkschaften, mit dem Ziel, die Privilegien der großen Monopolgruppen einzuschränken. Das ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes zur Sicherung des Grundgesetzes und zugleich eine Vorstufe für eine demokratische Wirtschaftsregulierung als Alternative zur staatsmonopolistischen Regulierung.

Entschließungen des Gewerkschaftstages der IG Metall

Entscheidung zur allgemeinen Gewerkschaftspolitik

Die im deutschen Gewerkschaftsbund vereinten Gewerkschaften haben ihre gesellschaftlichen Ziele im neuen Grundsatzzprogramm von 1963 formuliert. Diese dienen der Verwirklichung der sozialen Demokratie und der vollen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall bekennt sich nachdrücklich zu diesen Zielen. Er verpflichtet die Organisation, mit allen Kräften an ihrer Verwirklichung aktiv mitzuwirken.

Der 8. Gewerkschaftstag bekräftigt den Willen der IG Metall, das neue Aktionsprogramm des DGB zur Grundlage unserer gewerkschaftlichen Aktivität zu machen. Er verpflichtet alle Mitglieder und Funktionäre, sich für die Verwirklichung der Forderungen des Aktionsprogrammes einzusetzen und seine schrittweise Erfüllung mit allen Kräften zu fördern. Das Aktionsprogramm weist uns den Weg, auf dem wir den sozialen Fortschritt gegen alle Widerstände erfolgreich durchsetzen können.

Mit Sorge beobachtet die IG Metall die zunehmende Tendenz der Gerichte, besonders der Arbeitsgerichte, in der sozialen Auseinandersetzung Entscheidungen zugunsten der Arbeitgeber zu treffen. Verschiedene Urteile der letzten Zeit beweisen, wie leicht es möglich ist, auf diese Weise die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit zu behindern. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitsrechtsprechung sich in zunehmendem Maße von der sozialen Wirklichkeit entfernt und ihrem ursprünglichen Auftrag untreu wird, dem Schutz des sozial Schwächeren zu dienen. Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und ihr entschieden entgegenzuwirken.

Nur eine starke, geschlossene, vom Vertrauen der Arbeitnehmer getragene Organisation wird imstande sein, die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in Angriff zu nehmen, vor denen wir in den nächsten Jahren stehen. Deshalb muß die Organisation gestärkt und jeder Arbeitnehmer der Metallindustrie von der Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Solidarität zu üben, überzeugt werden.

(Auszug)

Entscheidung zu den Notstands- und Noldienstgesetzen

Der 8. Gewerkschaftstag bekräftigt die 1962 in Essen und auf dem DGB-Kongreß in Hannover gefaßten Beschlüsse zur Notstands- und Noldienstgesetzgebung. Er bedauert die Verabschiedung einer Reihe sogenannter einfacher Notstandsgesetze gegen die Bedenken und Warnungen der Gewerkschaften, durch die der Exekutive weitreichende Vollmachten gegeben werden.

Der Gewerkschaftstag stellt mit Befriedigung fest, daß die Bundesregierung mit ihrer seit Jahren verfolgten verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung und der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht bisher nicht zum Ziele gekommen ist. Die Gewerkschaften lehnen weiterhin konsequent jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht. Nach wie vor wenden sich die Gewerkschaften vor allem gegen eine allgemeine Dienstverpflichtung und die dafür erforderliche Abänderung des Artikels 12 Absatz 2 des Grundgesetzes, der eine allgemeine Zwangsarbeit verbietet.

Die Bundesregierung wendet schon jetzt mit den sogenannten Schubladenvorordnungen ein Verfahren an, das sich außerhalb der Verfassung bewegt. Bei diesen Verordnungen handelt es sich um einschneidende geheime Bestimmungen, die teilweise schon heute bei den Länder- und Gemeindebehörden unter Verschuß liegen, um notfalls auf Anordnung der Bundesregierung schlagartig in Kraft gesetzt zu werden. Diese Praxis beweist, wie wichtig es ist, daß die Exekutive keine Vollmachten erhält, die es ihr gestatten, unter Umgehung der Legislative die Rechte des einzelnen und gesellschaftlicher Gruppen zu beschneiden. Soweit sie solche Vollmachten schon hat, müssen sie durch eine entsprechende Gesetzgebung beschränkt werden.

Der 8. Gewerkschaftstag sieht sich aus all diesen Gründen in seiner Ablehnung der beabsichtigten Notstandsgesetzgebung bestätigt. Er bekräftigt die mehrfach bekundete Entschlossenheit der Industriegewerkschaft Metall, die Grundrechte und Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden An-

grill zu verteidigen. Er erinnert die Abgeordneten des neuen Bundestages an ihre große demokratische Verantwortung und fordert sie auf, bestehende Belugnisse der Exekutive abzubauen, die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments zu erhöhen sowie im Bunde mit den Gewerkschaften, den Vertretern der Wissenschaft und anderen demokratischen Kräften weiteren Versuchen entgegenzutreten, Grundrechte im Wege der Notstands- und Notdienstgesetzgebung einzuschränken.

Wöhrl: Im Zweifelsfalle — nie!

Die Gewerkschaften haben sich nicht leichtfertig gegen die Notstandsgesetze ausgesprochen. Mehr als manchem Belüorwerter solcher Gesetze liegt uns an einer stabilen und tragfähigen demokratischen Ordnung.

Aber für das Gedeihen unserer demokratischen Ordnung sind die Notstandsgesetze gefährlich. Dazu kommt, daß die bestehenden Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen voll ausreichen, um mit jedem wirklichen Notstand fertig zu werden. Wir erwarten vom neuen Bundestag, daß er jeder Verfassungsänderung seine Zustimmung versagt, die der eigentlichen Notstandsgesetzgebung die Tore öffnen könnte. Ich sage das auch allen, die an der Berechtigung unserer Haltung etwa Zweifel hegen. Sie finden auf den Autobahnen Schilder mit der sehr einprägsamen und richtigen Lebenswahrheit: „Im Zweifelsfalle — nie!“ Die Notstandsgesetze sind ein solcher Zweifelsfall, in dem es unbedingt heißen muß: „Nie!“ . . . (Aus der Eröffnungsrede)

Entschließung zu Abrüstung und atomarer Gefahr

Der 8. ordentliche Gewerkschaftstag wendet sich erneut gegen die atomare Gefahr und das atomare Weltrüsten in Ost und West. Er fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten. Der Plan, an der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel aus Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden. Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zum Überleben, sondern ist Vorbereitung zum Selbstmord. Die Ereignisse der letzten Jahre, die Kubakrise ebenso wie der Krieg in Vietnam, haben immer wieder die Gefahr einer allgemeinen Katastrophe heraufbeschworen. Der Frieden der Welt kann nur erhalten und die Gefahr atomarer Zerstörung nur dann gebannt werden, wenn alle Krisen- und Spannungsherde beseitigt und keine Atomwaffen mehr hergestellt, weitergegeben und benutzt werden. Deshalb fordert der 8. Gewerkschaftstag erneut:

- Vernichtung aller Kernwaffenvorräte in Ost und West,
- Vernichtung und Verbot aller Atomwaffen,
- Allgemeine, international kontrollierte Abrüstung,
- Aktivierung der Öffentlichkeit und
- verstärkte gewerkschaftliche Anstrengungen im Kampf gegen die atomare Gefahr.

Wöhrl: Der Nationalismus hat sein Haupt erhoben

Bekanntlich hat die Bundesregierung 1952 und 1954 feierlich und vertraglich auf Atomwaffen verzichtet. Strauß hat das mit einem militärischen Versailles zu vergleichen gewagt. Wem dieser Vergleich mit dem am Rande des Bürgerkriegs vegetierenden Weimarer Deutschland nicht genügt, dem sagt es Herr Strauß nach Presseberichten noch deutlicher. Ohne Atomwaffen für die Bundesrepublik sei ein neuer Führer im Kommen, der Deutschland „Atomwaffen oder Schlimmeres versprechen und wohl auch verschaffen würde“.

Dieser Ausspruch stammt nun nicht etwa vom ersten besten Stammtisch um die Ecke. Hier spricht vielmehr der Vorsitzende einer großen Regierungspartei in der Bundesrepublik. Solche Auslassungen kann man nicht allein mit den Übertreibungen eines Wahlkampfes erklären. Mir scheint, daß es mehr ist und auch mehr sein soll.

Zum ersten Male seit dem Zusammenbruch des 3. Reiches und seit dem Entstehen der Bundesrepublik hat der deutsche Nationalismus, der uns mehr als einmal in die Katastrophe führte, hier offen Haupt und Stimme erhoben. Der Ruf nach Atomwaffen verbarg sich bisher hinter allerlei Ausreden und Ausflüchten. Heute fordert die politische Rechte, was sie gestern noch als Verleumdung ihrer angeblich redlichen Absichten bezeichnet hat.

Die Gewerkschaften können derart schwerwiegende Erklärungen namhafter Politiker nicht übersehen. Wir werden die Windrichtung, aus der sich neue Führer ankündigen, genau beobachten müssen! Wer im deutschen Volke nationalistiche Leidenschaft aufzuzeiphen versucht, der stellt die Existenz der Demokratie in Frage. Wer den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen rückgängig machen will, der verhindert eine international kontrollierte Abrüstung und beschwört eine Katastrophe herauf.

(Aus der Eröffnungsrede)

Entschließung zur Preispolitik

Der Gewerkschaftstag stellt fest, daß die Preissteigerungen nicht unvermeidlich sind. Er fordert mit aller Entschiedenheit, daß nunmehr endlich wirksame Maßnahmen gegen den Preisauftrieb ergriffen werden. Der Gewerkschaftstag fordert, daß

1. die gesamte Preispolitik, ganz besonders die Gestaltung der von der öffentlichen Hand direkt und indirekt festgesetzten Preise, zur Stabilisierung des Preisniveaus eingesetzt wird und nicht für einkommens- und finanzpolitische Sonderinteressen,
2. die öffentlichen Unternehmen aktiv zur Preisbeeinflussung eingesetzt werden,
3. die Preisbindung zweiter Hand verboten wird,
4. die gesetzlichen Bestimmungen gegen Wettbewerbsbeschränkungen so gestaltet werden, daß die Ausnutzung von Monopol- und Oligopolstellungen zu Lasten der Verbraucher nicht mehr möglich ist,
5. Produktivitätsgewinne in Form von Preissenkungen an die Verbraucher weitergegeben werden,
6. jede Konzentration, die technisch und volkswirtschaftlich nicht begründet ist, verboten und das Steuerrecht so umgestaltet wird, daß von ihm keine Konzentrationsfördernden Wirkungen mehr ausgehen,
7. den Verbrauchern durch die Zulassung vergleichender Werbung, durch vergleichende Warentests und durch eine umfassende Kennzeichnungspflicht eine vernünftige Entscheidung ermöglicht wird. Die Lebensmittelkontrolle ist rechtlich und personell auszubauen . . .

Der Gewerkschaftstag verurteilt die Schwäche und Tatenlosigkeit der Bundesregierung in der Preispolitik. Er appelliert an die Öffentlichkeit, die gewerkschaftliche Forderung nach Stabilisierung des Preisniveaus zu unterstützen.

(Auszug)

Otto Brenner zur Preispolitik

Das größte aktuelle Problem unserer Wirtschaftspolitik sind die Preissteigerungen. Seit Jahren schon steht diese Frage im Vordergrund, aber in der letzten Zeit hat sie deutlich an Schärfe zugenommen. Der Preisanstieg hat sich nicht nur fortgesetzt, sondern sogar beschleunigt. Während früher die Preissteigerungen jährlich etwa 2 bis höchstens 2,5 Prozent betrugen, wurde die 3-Prozent-Grenze in den letzten Jahren schon überschritten. Wenn es so weitergeht, muß man damit rechnen, daß der Preisauftrieb in diesem Jahr 4 Prozent betragen wird . . .

Mit Maßhalteparolen, mit Beschwörungen und Appellen an die Bevölkerung ist es nicht getan. Diese Methode ist sogar im höchsten Grade unfair, wenn man bedenkt, daß es Kreise gibt, für die Luxusjachten, Privatflugzeuge, Villen in der Schweiz oder in Spanien und ein verschwenderischer Lebensstil selbstverständlich erscheinen, ohne daß sich der Bundeskanzler jemals bemüht gefühlt hätte, seine Maßhalteappelle dorthin zu richten.

Der kleine Mann lebt bestimmt nicht über seine Verhältnisse — dazu hat er gar keine Möglichkeit. Ihm aber vorzuwerfen, daß er mit seinem schwerverdienenden Geld die Gebrauchsgüter erwirbt, die unsere Industrie produziert, wäre der Gipfel der Torheit. Denn davon lebt und gedeiht ja die Wirtschaft!

Entschließung zur Mitbestimmung

Das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 war eine erste grundlegende, sozial fortschrittliche Maßnahme auf dem Weg zur wirtschaftlichen Neuordnung. Es hat neue demokratische Elemente in die Unternehmensorgane gebracht. Jedoch wird die auf die Unternehmen der Eisen- und Stahl-

industrie und des Kohlenbergbaus beschränkte Mitbestimmung den Erfordernissen nicht gerecht...

Daher fordert der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall den Ausbau und die Ausdehnung des qualifizierten Mitbestimmungsrechts bei Eisen und Kohle auf alle Großunternehmen. Diese Ausdehnung muß ergänzt werden durch eine Reform des gesamten Unternehmensverfassungsrechts, die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer, unabhängig von der Rechtsform, in der das Unternehmen geführt wird, garantiert.

Die betriebliche Mitbestimmung ist durch eine überbetriebliche zu ergänzen. Regional gegliederte Gremien und ein entsprechendes Organ auf Bundesebene sollen unter paritätischer Beteiligung der Arbeitnehmer eine umfassende Kontrolle und Koordination in der Wirtschaft herstellen. Darüber hinaus ist in allen wirtschaftlichen Organen nach den Europäischen Verträgen eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer zu garantieren.

Das Betriebsverfassungsgesetz war schon unzureichend, als der Bundestag es im Jahre 1952 gegen den Widerstand der Gewerkschaften beschloß. Die Praxis hat gezeigt, daß es noch unzulänglicher ist, als es zunächst schien. Das Gesetz verwehrt dem Betriebsrat in den wichtigsten betrieblichen Fragen die Mitbestimmung. Von einem personellen und wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht kann überhaupt nicht gesprochen werden.

Daher fordert der 8. ordentliche Gewerkschaftstag eine Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes. Hierbei ist insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung und die technische Umstellung eines Betriebes in die Mitbestimmung einzubeziehen...

(Auszug)

Entschliebung zu Automation und technischem Fortschritt

Der 8. Gewerkschaftstag fordert von der Bundesregierung und von den Länderregierungen:

- a) systematische Förderung der wissenschaftlichen Forschung über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der modernen Technik,
- b) Planung einer mit den Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft sorgfältig abgestimmten Regional- und Strukturpolitik,
- d) Entwicklung eines beweglichen und anpassungsfähigen Arbeitsmarktes,
- e) Überprüfung der Arbeitslosenversicherung, insbesondere — Erhöhung der allgemeinen und besonderen Versicherungsleistungen,
— Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf alle Arbeitnehmer,
- f) besonderen Schutz für ältere Arbeitnehmer durch vorzeitigen Anspruch auf eine ungeminderte Altersrente, wenn gleichwertige Arbeitsplätze nicht vorhanden sind,
- g) Einführung neuer Schul-, Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungssysteme, die eine hohe individuelle Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer an veränderte Arbeitsbedingungen sichern, insbesondere
— Beseitigung einklassiger oder wenigklassiger Schulen,
— Einführung der zehnjährigen Pflichtschulzeit,
— Einführung von betrieblichen und überbetrieblichen Weiter- und Umschulungsmöglichkeiten für Erwachsene ohne Einkommensminderung,
— Überprüfung aller Berufsbilder und betrieblicher Ausbildungssysteme auf ihre Brauchbarkeit für die Zukunft,
— Ermittlung des qualitativen und quantitativen Berufsbedarfs der Zukunft.

Der 8. Gewerkschaftstag fordert von den Unternehmern:

- a) betriebsnahe Tarifverträge zur Sicherung der Effektivverdienste und zur wirksamen Kontrolle von Lohnfindung und Arbeitsbedingungen,
- b) tarifliche Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmer bei technischen und organisatorischen Änderungen, insbesondere

— Erarbeitung von sozialen Anpassungsplänen als Gegenstück zu den Investitions- und Umstellungsplänen unter Mitbestimmung der Arbeitnehmer,

— Lohn- und Gehaltsgarantien bei Umsetzungen oder Veränderungen am Arbeitsplatz,

— Umschulung während der Arbeitszeit mit Lohn- und Gehaltsausgleich,

— Ausgleichszahlungen bei unvermeidbaren Entlassungen oder langfristigen, nicht korrigierbaren Abgruppierungen,

c) tarifvertragliche Mitbestimmung in der Arbeitsorganisation,

d) Berücksichtigung des Menschen bei der Gestaltung neuer Arbeitsplätze und bei der Konstruktion neuer Maschinen.

(Auszug)

Entschliebung zur Tarifpolitik

Alle bisherigen Erfolge... können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die tarifpolitischen Auseinandersetzungen in der Zukunft härter werden. Die ständigen Veränderungen der Produktionsbedingungen, technischen Ausrüstung und Betriebsorganisation müssen von der Tarifpolitik berücksichtigt und erfaßt werden.

Deshalb fordert die IG Metall:

1. Die in zunehmendem Maße in die Betriebe der Metallindustrie eingeführten Systeme „vorbestimmter Zeiten“ sind in den Tarifverträgen zu regeln. Insbesondere sind Vorschriften über die Anwendung dieser Verfahren zur Festlegung von Vorgabezeiten und Prämien notwendig. Die Versuche, die Zeitlohnarbeit und Angestelltentätigkeit zu verändern und für sie Mengen- oder Zeitnormen ohne sprechende Lohn- bzw. Gehaltsäquivalente einzuführen, sind abzuwehren. Die Anwendung vorbestimmter Zeiten zur Arbeitsgestaltung und Festlegung von Arbeitspensen für Zeitlöhner und Angestellte kann nur durch Tarifvertrag erfolgen. Die Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Ein- und Durchführung dieser Verfahren ist zu gewährleisten.
 2. Die Methoden der Lohnfindung und Lohnbegründung sind weitgehend den modernen Fertigungstechniken (Rationalisierung, Hochmechanisierung und Automation) anzupassen. Das gleiche gilt für die Anpassung der Gehaltsfindung oder -begründung an die fortschreitende Rationalisierung und Automatisierung in den Büros und Verwaltungen.
 3. Die Ortsklassen sind zu beseitigen, da für sie weder soziale noch wirtschaftliche Notwendigkeiten vorliegen.
 4. Die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen müssen in ihren Tätigkeits- oder Anforderungsmerkmalen (Texten) verbessert werden. Gleichzeitig sind die Relationen zwischen den verschiedenen Lohn- und Gehaltsgruppen zu verbessern.
 5. Die Altersrelationen sind auf ein vertretbares Maß herabzusetzen. Dies gilt besonders für die Altersrelationen der Gehaltsgruppen in den Tarifverträgen für Angestellte. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ ist dabei zu beachten.
 6. Die Lehrlingsvergütung muß verbessert und in ein prozentuales Verhältnis zum Facharbeiterlohn (Ecklohn) bzw. zum Gehalt des gelernten Angestellten (Eckgehalt) gebracht werden.
 7. Durch tarifvertragliche Vereinbarungen und andere Maßnahmen muß sichergestellt werden, daß die materielle Lage der vom technischen Fortschritt betroffenen Arbeiter und Angestellten nicht zu deren Nachteil verändert wird. Die IG Metall sieht keine Ursache, ihre bisherige aktive Lohn- und Gehaltspolitik zu ändern. Sie ist bestrebt, sie so betriebsnah wie möglich zu gestalten...
- Die Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt bleibt weiterhin Aufgabe der Tarifpolitik. Die Politik der Verkürzung der Arbeitszeit hat sich in der Vergangenheit als richtig erwiesen. Es besteht deshalb kein Grund, den Eintritt der 40-Stunden-Woche in der metallverarbeitenden Industrie über den 1. Juli 1966 hinaus zu verschieben.

(Auszug)

Mahlein, bedauerte die verbreitete Auffassung, daß solche Kontaktversuche nicht aus Vernunftgründen erfolgen, sondern ideologischen Ursprung haben. Es sei ein Drama, daß die Deutschen „zuviel mit Ideologien belastet sind“. Der Gewerkschaftstag überwies den Antrag dem Hauptvorstand als Material, der diese Frage im DGB zur Sprache bringen will.

Im Gegensatz zu vielen anderen Gewerkschaftstagen nahm die Diskussion über die Notstandsgesetze nur geringen Raum ein. Delegierte und Vorstand stimmten in der strikten Ablehnung jeglicher Notstandsgesetze überein. So forderte der Gewerkschaftstag „eine ständige Aufklärung über die Auswirkungen der Notstandsgesetze“ und den weiteren Kampf gegen die Notstandspläne „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“.

Interessant ist der Vorschlag des Gewerkschaftstages an den DGB, mit den 215 Professoren gemeinsam eine Manifestation in der Paulskirche durchzuführen, um „vor aller Welt deutlich zu machen, daß deutsche Intellektuelle und Vertreter der Arbeiterschaft in der Verteidigung der Demokratie eines Sinnes sind“. Der Gewerkschaftstag fordert weiterhin die Abschaffung der Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen und Völkermord sowie die weitere Durchführung von öffentlichen Antikriegsveranstaltungen der Gewerkschaften zum 1. September.

Über Fragen des technischen Fortschritts referierte als Gast Dr. Günter Friedrichs vom Vorstand der IG Metall. Er verwies darauf, daß im Zeitraum von 1950 bis 1964 in der papier- und pappeverarbeitenden Industrie die Zahl der Arbeitsstunden um 80 auf 120 zurückgegangen sei, um Waren im Wert von 1000 Mark herzustellen. Im graphischen Gewerbe hat sich dieser Anteil sogar von 206 auf 113 Stunden verringert.

Dieses Entwicklungstempo des technischen Fortschritts mache bei den Gewerkschaften Überlegungen erforderlich, wie die wachsende wirtschaftliche Macht kontrolliert werden könne und wie der Anteil der Arbeitnehmer am wachsenden Produktionsergebnis durch Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen u. ä. sicherzustellen sei.

Die Neuwahlen zum Hauptvorstand der IG Druck und Papier brachten einige Veränderungen mit sich, da der bisherige 2. Vorsitzende, Harry Zieher, und die bisherige Frauensekretärin, Käthe Sodan, aus Altersgründen auschieden, während der Redakteur Egon Lutz sich nicht mehr zur Wahl stellte.

Aufgrund der Kritik vor allem an der Tarifpolitik des Vorstandes, ließ sich der Landesbezirksvorsitzende von Baden-Württemberg, Lothar Pleithner, als Gegenkandidat zu Heinrich Bruns um den Vorsitz der Gewerkschaft nominieren. Heinrich Bruns behielt jedoch mit 138 von 248 Stimmen eine

Bergbau soll Gemeineigentum werden

**IG Bergbau und Energie hält an dieser Forderung fest
Beschluß des außerordentlichen Kongresses in Oberhausen**

Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie, der am 23. und 24. September in Oberhausen tagte, bekräftigte noch einmal die Entschlossenheit der Gewerkschaft, an der Forderung nach Sozialisierung der Bergbau- und Energiewirtschaft festzuhalten. Als Ziele der IGBuE werden in der neuen Satzung, die mit 298 gegen 2 Stimmen angenommen wurde, außerdem u. a. genannt: die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft, die Stärkung der Demokratie und die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Verhältnisse der Arbeitnehmer.

Starke Beachtung fand die Entscheidung des Gewerkschaftskongresses, an der Forderung nach Überführung der Bergbau- und Energiewirtschaft in Gemeineigentum auch weiterhin festzuhalten. Damit wurde ein Vorschlag des Hauptvorstandes abgelehnt, der in der neuen Satzung nur die „Neuordnung der Bergbau- und Energiewirtschaft“ als Ziel der Gewerkschaft proklamieren wollte.

Die neue Satzung ermächtigt den Hauptvorstand, bei Angriffen auf die Existenz oder die Rechte der Gewerkschaft sowie bei Angriffen auf die demokratische Grundordnung ohne vorherige Urabstimmung einen Streik anzuordnen.

Wie aus Kreisen des Vorstands verlautete, hat es nicht an Versuchen gefehlt, die Gewerkschaft zu bewegen, den „überflüssigen Ballast“ doch über Bord zu werfen. Das bestätigte indirekt auch der IGBuE-Vorsitzende Walter Arendt, der unter dem stürmischen Beifall der Delegierten erklärte: *„Wir werden unsere Satzung so formulieren, wie sie die Delegierten hier im Saal für richtig und zweckmäßig halten. Wir brauchen keine Formulierungsgehilfen. Nur wir selbst geben uns unsere neue Satzung.“*

Im Verlauf der leidenschaftlich, aber sachlich geführten Debatte lehnten alle sieben Diskussionsredner die vom Vorstand vorgeschlagene Formulierung ab und erklärten übereinstim-

relativ schwache Mehrheit, was ihn auch zu der Versicherung veranlaßte, daß der neue Vorstand die Kritik des Gewerkschaftstages in der künftigen Arbeit ernst nehmen werde.

2. Vorsitzender wurde Werner Schmidt, ehemals Bezirkssekretär in Münster, der mit 173 Stimmen seinen Gegenkandidaten Wolf aus Hamburg klar überflügelte. Ohne Gegenvorschlag wählte der Gewerkschaftstag Eugen Stotz zum Redakteur und Ulla Scheufler zur Frauensekretärin.

Besonders hervorzuheben sind das stark entwickelte Selbstbewußtsein der Delegierten und der demokratische Ablauf des Kongresses der IG Druck und Papier. Sicherlich werden die Beschlüsse dieses Gewerkschaftstages aber noch tiefergehende Auswirkungen für den gesamten DGB haben. Cz

mend, daß nur dann eine Ordnung am westdeutschen Energiemarkt möglich sei, wenn die Bergbau- und Energiewirtschaft in Gemeineigentum überführt werde. Dieser Auffassung schloß sich bei der anschließenden Abstimmung die überwiegende Mehrheit der Delegierten an.

Zuvor hatte Walter Arendt betont, die IGBuE werde dem neuen Bundestag keine Ruhe geben, „bis durch tatsächliche und wirksame Maßnahmen die Energiepolitik nicht mehr zu den Stiefkindern der Politik zählt“. Auf die anhaltenden Preissteigerungen eingehend, sagte Arendt, wer den Preisteufel nicht bändigen könne, habe auch nicht das Recht, die Gewerkschaften zu verteufeln, wenn sie Maßnahmen zur Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft einleiten. Die IGBuE werde jedenfalls keine Sekunde zögern, zum richtigen Zeitpunkt die richtige Forderung anzumelden.

Der DGB-Vorsitzende Rosenberg erklärte, die Gewerkschaften würden in den kommenden Jahren schwierige Aufgaben zu lösen haben. Der Widerstand gegen die gewerkschaftlichen Forderungen sei nicht geringer, sondern stärker geworden, da sich Bundesregierung und Unternehmen gegen die Gewerkschaften formierten.

Die Kongreßdelegierten trugen durch ihre Entscheidungen dieser Entwicklung Rechnung. Die von ihnen, genau vier Tage nach der Bundestagswahl, gefaßten Beschlüsse sind eine Warnung an Bonn. Denn mit ihnen bekräftigte die IGBuE ihre Bereitschaft, eine Änderung der ungerechten Eigentumsverhältnisse herbeizuführen und die demokratischen Rechte und Freiheiten zu verteidigen. G. B.

Fünf Wochen Urlaub gefordert

Die Gewerkschaft Leder im DGB hat beschlossen, den für 86 000 gewerbliche Arbeitnehmer der Schuhindustrie gültigen Manteltarifvertrag zum 31. Dezember 1965 zu kündigen. Die Gewerkschaft hat drei wesentliche Forderungen herausgestellt: fünfwöchiger Jahresurlaub für alle Arbeiter, Beseitigung der Ortsklassenabschlüsse und Sicherung des Verdienstes aller Arbeiter, die über 40 Jahre alt sind und 15 Jahre einem Betrieb angehören, auch bei Minderung der Arbeitsfähigkeit.

An Partnerschaft nicht zu denken

Langwierige Kämpfe brachten Erfolge in der Tarifpolitik
Zum Gewerkschaftstag Textil - Bekleidung in Stuttgart

Als die NACHRICHTEN im Oktober 1963 den Bericht über den letzten Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil — Bekleidung veröffentlichten, haben wir die Erklärung des damals neu-gewählten Vorsitzenden, Buschmann, man wolle einen neuen Stil im Umgang mit den Unternehmern pflegen und die Partnerschaft durch „faire Verhaltensweise unter gegenseitiger Achtung“ sowie durch gemeinsame Verantwortung und Verschärfung der Interessengegensätze untermauern, mit der Bemerkung kommentiert, daß die Versuche, sich mit den Unternehmervereinigungen zu arrangieren, der Gewerkschaft Textil — Bekleidung kaum zugute kommen würden.

Die Realitäten in den zwei Jahren nach dem Gewerkschaftstag in Hannover haben bewiesen, daß wir recht hatten. Der dem diesjährigen Gewerkschaftstag, der vom 11. bis 15. Oktober in Stuttgart stattfindet, vorliegende Geschäftsbericht spricht von harten Tarilausensinnersetzungen, von Prozessen und von der Erfahrung, daß die Arbeitgeber das Angebot der Gewerkschaft auch nicht im geringsten honoriert haben. Das Verhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaft in der Textil- und Bekleidungsbranche hat sich wesentlich verschlechtert.

Die Gewerkschaft Textil — Bekleidung kann aber in der Berichtszeit auf

gute Erfolge ihrer Tarifpolitik verweisen. Im Ringen um die Verbesserung der Löhne, die Sicherung des Arbeitsplatzes sowie die Aushandlung eines Ausgleichsbetrages für die Arbeitnehmer, die infolge der Rationalisierung und Automatisierung ihren Arbeitsplatz verloren haben, konnte die Gewerkschaft ihre Kampfkraft unter Beweis stellen. Mit ihrer Forderung, die Gewerkschaftsmitglieder in ihrem Wirtschaftsbereich gegenüber den Unorganisierten besserzustellen, konnte sie jedoch nicht durchdringen.

Hierbei ist es durchaus fraglich, ob dieser Weg zu einer Verbesserung des Organisationsverhältnisses führt oder ob damit die Kluft zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitnehmern noch weiter aufgerissen wird. Daß es „unanständig“ ist, alle Vorteile des gewerkschaftlichen Erfolges in Anspruch zu nehmen, ohne sich selbst als Mitglied der Gewerkschaft an dem Kampf um diesen Erfolg zu beteiligen, darüber braucht man nicht zu sprechen.

Der Vorstand der Gewerkschaft Textil — Bekleidung und die Delegierten werden bei ihren Beschlüssen in Stuttgart von den harten Realitäten ausgehen müssen, mit denen sie seit Hannover konfrontiert wurden. Nicht Partnerschaft, sondern ein unüberbrückbarer Interessenkonflikt wird die Politik der Gewerkschaft auch in Zukunft bestimmen.

Zuwenig Lohn — zuwenig Leute

Post-Gewerkschaftstag kritisiert schlechte Arbeitsbedingungen

Der Beschluß des Gewerkschaftstages der Deutschen Postgewerkschaft, auf den Fortfall der Postzustellung an Sonnabenden hinzuwirken, hat in der Öffentlichkeit zwar das meiste Aufsehen erregt, aber der Wiesbadener Gewerkschaftskongreß hat noch weit wichtigere Entscheidungen getroffen:

Die Bundesregierung wurde u. a. aufgefordert, sich künftig nachdrücklicher um die Lösung der deutschen Frage und um den Abschluß eines Friedensvertrages zu bemühen. Weiter forderten die Delegierten die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre, die Einführung der zehnjährigen Schulpflicht und die Beendigung der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik, ausdrücklich forderte der Gewerkschaftstag, „alle Volksschichten nicht nur an der zukünftigen volkswirtschaftlichen Vermögensbildung, sondern auch an den bereits gebildeten Vermögen, die ungleich verteilt wurden, in geeigneter Form teilhaben zu lassen“.

Der mit Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende der Deutschen Postgewerk-

schaft, Carl Stenger, erklärte den akuten Personalmangel bei der Post mit der Tatsache, daß eine Anzahl von Berufen nicht mehr attraktiv genug seien. So verdiene ein verheirateter Briefträger ganze 408 DM im Monat. Die umfangreiche Automation im Bereich der Bundespost sei im Grunde weder dem Postkunden noch dem Personal zugute gekommen. Der „Teufelskreis“ laute: zuwenig Lohn — zuwenig Leute.

In diesem Zusammenhang nannte Stenger die für den 1. Januar 1966 in Aussicht genommene Erhöhung der Beamtenbezüge um 4 Prozent völlig unzureichend; es seien 12 Prozent erforderlich. Auch die Vergütung für die bei der Post beschäftigten Arbeiter und Angestellten müsse angemessen verbessert werden.

Nach einem Beschluß der 327 Delegierten, die rund 330 000 Mitglieder der Postgewerkschaft repräsentierten, sollen die Gewerkschaftstage künftig nicht mehr in zweijähriger Folge, sondern nur noch alle drei Jahre zusammen-treten.

Gericht gegen Gewerkschaft

Die Frage, ob ein zusätzliches Urlaubsgeld nur für Gewerkschaftsmitglieder arbeitsrechtlich zulässig ist, die Anfang September vor dem Landesarbeitsgericht in Düsseldorf zur Verhandlung stand, wurde im Grundsatz nicht entschieden. Dennoch fällt das Gericht in dem Berufungsverfahren gegen die Gewerkschaft Textil — Bekleidung ein Urteil, das sich bedenklich in die Kette zweifelhafter Arbeitsgerichtsurteile der letzten Zeit gegen verschiedene Gewerkschaften einreihet.

Das Gericht bestätigte die schon in erster Instanz erfolgte Verurteilung der Gewerkschaft, den Streik in zwei westfälischen Bekleidungsunternehmen zu unterlassen und beiden Firmen Schadenersatz zu leisten. Die Textil-Gewerkschaft hatte mit Hilfe des Streiks für ihre Mitglieder ein zusätzliches Urlaubsgeld durchsetzen wollen.

Die Gewerkschaft Textil — Bekleidung wird nunmehr das Bundesarbeitsgericht anrufen, um klären zu lassen, ob eine tarifvertragliche Differenzierung zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten mit der geltenden Rechtsordnung vereinbar ist. Diese Frage hat für alle 16 DGB-Gewerkschaften große Bedeutung, da schon seit Jahren das Problem der Besserstellung von Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber den Nichtorganisierten lebhaft diskutiert und tarifpolitisch verfolgt wird — bisher jedoch ohne nennenswerten Erfolg.

Neben der juristischen Seite dieses Problems verdient aber vor allem die praktische besondere Beachtung. Ohne Zweifel würde die Differenzierung in der Tarifpolitik zwischen gewerkschaftlich organisierten und nicht-organisierten Arbeitnehmern für die Gewerkschaften einen spürbaren Mitgliederzuwachs bringen, was schließlich auch beabsichtigt ist. Gerade aus diesem Grunde wehren sich die Unternehmer so hartnäckig dagegen und können so ihre alte Gewerkschaftsfeindschaft nicht verbergen. Aber die Gewerkschaften würden durch eine solche Zielschätzung andererseits mit dazu beitragen, daß die Teilung der Arbeitnehmerschaft in Organisierte und Nichtorganisierte (die im Wesen auch heute schon vorhanden ist) schärfer zutage tritt und eine wechselseitige Feindseligkeit fördert, die man besser vermeiden sollte. Darum wäre es angebracht, auf diesem Wege äußerst behutsam zu sein und vor allem durch eine attraktive, konsequente Tarifpolitik und politische Interessenvertretung auf die Nichtorganisierten werbewirksam auszustrahlen.

TUC und Labour

Mit Mehrheit hat der britische Gewerkschaftskongreß TUC eine „freiwillige Selbstkontrolle“ über die Lohnforderungen der ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften beschlossen. Nach diesem Beschluß haben die Einzelgewerkschaften künftig ihre Lohnforderungen erst einem vom TUC-Kongreß gebildeten Schiedsgericht zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen, bevor sie ihre Forderungen gegenüber den Unternehmern vertreten.

Die Mehrheit des TUC-Kongresses faßte diesen schwerwiegenden Beschluß, um der Labour-Regierung die Durchführung von Maßnahmen zur Stabilisierung der britischen Wirtschaft und des Pfundes zu erleichtern.

Die TUC-Gewerkschaften sind Mitglied im IBFG, der bisher jeden Kontakt mit den von ihm als „Staatsgewerkschaften“ bezeichneten Gewerkschaften kommunistisch regierter Länder ablehnte. Da nun die Mehrheit des TUC-Kongresses ganz offensichtlich die gewerkschaftliche Aktionsfreiheit den Interessen der Regierungspolitik unterordnete, werden da die TUC-Gewerkschaften aus dem IBFG exkommuniziert werden?

Der Mehrheitsbeschluß des TUC-Kongresses kam allerdings unter dem sehr massiven Druck der Regierung Wilson zustande, deren Wirtschaftsminister Brown den englischen Gewerkschaften kategorisch erklärte: Wenn ihr nicht freiwillig meine Politik unterstützt, dann muß die Regierung sie mit Gesetzen gegen euch durchsetzen. Die Labour-Party kann nur die Wirtschaftsmisere in Großbritannien beenden, wenn es gelingt, die Lohn-Preis-Spirale zu stoppen. — Wie würde wohl der IBFG auf die Barrikaden gehen, versuchte der Minister einer kommunistischen Regierung in ähnlicher Weise einen Gewerkschaftskongreß zu erpressen!

„Lohn-Preis-Spirale“, das ist die Terminologie der Unternehmer und ihrer Parteien. Danach ist zu bezweifeln, ob es der Labour-Regierung auch ernst damit ist, die Preise zu stabilisieren. Das setzt nämlich eine Beschränkung der Gewinne der Unternehmer und nicht die Einschränkung der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit, sondern ihre volle wirtschaftliche Mitbestimmung voraus. Eine Stabilisierung der englischen Wirtschaft und des Pfundes wird nicht erreicht werden ohne Einschränkung der Macht der Großkonzerne, der Ausgaben für die Rüstung und eine kostspielige neokolonialistische Politik (Malaysia) und mit der Abhängigkeit vom Dollar.

Weil die bisherige Politik der Labour-Regierung keine Gewähr für einen solchen Kurs gibt, besteht wenig Aussicht, daß sich alle dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften dem Kongreßbeschuß beugen werden. — pp

Worum geht es in der EWG-Krise?

Die wirtschaftlichen Differenzen verdecken politischen Machtkampf zwischen Bonn und Paris

Mit der Aufkündigung der Mitarbeit der französischen Regierung in den Arbeitsausschüssen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befindet sich die EWG in der schwersten Krise ihrer bisherigen Geschichte. Der Grund war die Unmöglichkeit, sich über die finanzielle Regelung des Agrarmarktes zu einigen. Ohne die Verabschiedung der Finanzordnung jedoch erklärte sich Frankreich nicht mehr in der Lage, an weiteren Verhandlungen teilzunehmen.

In der bundesdeutschen Presse wird das Verhalten Frankreichs so dargestellt, als handle es sich um nationale Engstirnigkeit. Tatsächlich aber stehen im Vordergrund dieser Krise handgreifliche ökonomische Interessengegensätze.

Bekanntlich soll über den gemeinsamen Markt für Agrarprodukte der Fortfall der Zölle zwischen den sechs EWG-Mitgliedsländern und die Herstellung eines einheitlichen Preisniveaus erreicht werden. Die Agrarüberschußländer der EWG, vor allen Dingen Frankreich, würden dabei günstige Absatzmöglichkeiten für ihre Agrarprodukte zu hohen Preisen in jenen Ländern der EWG gesichert bekommen, die Agrarprodukte einführen müssen.

Soweit diese Länder, insbesondere aber die Bundesrepublik, Einfuhren von Ländern außerhalb der EWG beziehen, wird dabei die Differenz zwischen dem niedrigen Weltmarktpreis und dem hohen EWG-Preis für Agrarprodukte abgeschöpft. Diese Einnahmen werden dazu verwendet, den Agrarüberschußländern innerhalb der EWG bei einem Export nach dritten Ländern andererseits die Differenz zwischen dem niedrigen Weltmarktpreis und dem hohen EWG-Preis zu vergüten. Das heißt, daß die Agrarüberschußländer in der EWG auf Kosten der Zuschußländer ihre gesamte Ernte zu dem hohen EWG-Preis verwerten könnten.

Damit ist die Interessenlage klar gezeichnet: Die Zuschußländer helfen über die sogenannten Abschöpfungsbeiträge die Landwirtschaft der agrarischen Überschußländer finanzieren. Da Frankreich der Hauptinteressent dieser Regelung ist, verlangt es eine diesbezügliche feste Abmachung bis 1970. Zu welchen Konsequenzen diese Abmachung aber führen kann, zeigt das Beispiel Italien. Die italienische Wirtschaftsstruktur hat sich in den letzten Jahren gewandelt, die Industrieproduktion ist gestiegen und das Land braucht erhebliche Einfuhren an Nahrungsmitteln. Daraus ergibt sich, daß das ärmste Mitgliedsland der EWG, Italien, zur Subventionierung der Landwirtschaft eines der wirtschaftlich stärksten Länder der EWG, Frankreich, beizutragen hat.

Mit der weiteren Ausbildung des Abschöpfungs-systems würde aber die EWG über große finanzielle Mittel verfügen. In wenigen Jahren müßten

diese über jährlich rund 2,3 Milliarden DM ansteigen, die dann von den EWG-Organen neu verteilt würden. Das bedeutet eine erhebliche Stärkung der EWG-Exekutive. Mit dem Argument, ein Organ, welches derart hohe Summen zu verwalten habe, bedürfe einer demokratischen Kontrolle, schlägt die Verwaltung vor, den supranationalen Charakter der EWG dadurch zu fördern, daß der Straßburger Europarat, der bisher ein reines Schattendasein führte, zum Europäischen Parlament erhoben werden soll, dessen Mitglieder in unmittelbarer Wahl in den EWG-Ländern zu wählen wären.

Dadurch würde die EWG von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einem Überstaat mit eigener Finanzhoheit, eigener Gesetzgebung und eigenem Parlament. Gegen diese politische Ausweitung der EWG wendet sich die französische Regierung. Zweifellos darum, weil sie fürchtet, daß durch den supranationalen Charakter der EWG die politischen Machtverhältnisse in Westeuropa zugunsten eines aggressiven deutschen Imperialismus verschoben würden.

Die scheinbar nur wirtschaftlichen Differenzen innerhalb der EWG sind also nichts anderes als der politische Machtkampf der beiden großen kapitalistischen Staaten in Europa, Frankreich und die Bundesrepublik. Diese Gegensätze sind nicht nur außerordentlich tief, sondern greifen weit über die EWG hinaus. Die Haltung de Gaulles ist zwar von französischen Interessen bestimmt, aber die Bedeutung seiner Aktivität liegt nicht zuletzt darin, daß sie sich gegen gewisse politische und militärische Pläne der USA und der Bundesrepublik in Europa richtet.

Dr. Tuchfeldt

Sowjetunion hat die kürzeste Arbeitszeit

Nach einer UNO-Statistik ist in der Sowjetunion die 40-Stunden-Woche generell verwirklicht. Danach entfällt auf den Kopf der Beschäftigten in der gesamten Volkswirtschaft eine Wochenarbeitszeit von 39,4 Stunden; das ist die kürzeste Arbeitszeit der Welt. Nach der Statistik stehen die USA mit 40,7 Wochenstunden je Beschäftigten an zweiter Stelle; es folgen die Bundesrepublik mit 43,8 Stunden, die Schweiz mit 45,4, Frankreich mit 45,6 und England mit 46,9 Stunden.

Rentenerhöhungen kein CDU-Verdienst

**Verdächtige Eile beim 8. Rentenanpassungsgesetz
Erfolgreiche Lohnpolitik wirkt positiv auf Rentenhöhe**

Schon am 1. September hat die Bundesregierung den Entwurf für das 8. Rentenanpassungsgesetz veröffentlicht, nach dem die Sozialrenten ab 1. Januar 1966 um 8,3 und die Unfallrenten um 8,9 Prozent erhöht werden sollen. Im vorigen Jahr hatte man es in Bonn nicht so eilig. Das 7. RAG wurde erst später beschlossen.

Diesmal aber sollte die Rentenanpassung offensichtlich den Bonner Koalitionsparteien mit als Wahlschlager dienen. Immerhin gibt es rund 8,5 Millionen Sozialrentner. Stolz prahlte denn auch Bundesarbeitsminister Blank vor der Presse, mit der 8. Rentenanpassung würden die Sozialrenten gegenüber dem Stand des Jahres 1957 um 70 Prozent erhöht sein.

Das stimmt, soweit die Renten jedes Jahr wirklich voll prozentual erhöht wurden. Für etwa 2 Millionen Sozialrenten aber ist das auch jetzt wieder nicht der Fall, weil nach dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung nicht alle Rentenbestandteile an der Anpassung teilnehmen sollen. Das in diesem Jahr in der Bundesrepublik erzeugte und verteilte Bruttosozialprodukt wird allerdings voraussichtlich doppelt so groß wie das des Jahres 1957 sein.

Der Anteil der Sozialrentner am wirtschaftlichen Gesamtprodukt hat in diesen Jahren also keinesfalls zugenommen, sondern ist zurückgegangen. Nach der vom Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten veröffentlichten Erklärung „Versprechen und Wirklichkeit“ betragen rund 3 Millionen Sozialrenten weniger als 200 DM im Monat.

Die Rüstungs- und Notstandsausgaben Bonns sowie die Zahl und das Vermögen der Millionäre haben allerdings seit 1957 weit mehr als eine Verdoppelung erfahren. Auch die Sozialrentner müssen dafür zahlen durch höhere Preise, Mieten und öffentliche Tarife. In den schon „weißen“ Kreisen gehen für manchen Sozialrentner oft mehrere Rentenanpassungen für eine einzige Mieterhöhung drauf!

Im übrigen sind die Rentenanpassungen alles andere als das Verdienst der CDU/CSU oder der Bundesregierung. Als von der CDU/CSU-FDP-Regierung 1956 der erste Entwurf für die Rentenreform vorgelegt wurde, war darin eine jährliche Anpassung der Sozialrenten überhaupt nicht vorgesehen!

Es waren die Gewerkschaften und Sozialverbände, die sich energisch für eine jährliche automatische Anpassung der Renten einsetzten, eine Forderung, der von der Bonner Koalition nur höchst unvollkommen mit der jetzt seit 1959 praktizierten dynamischen Rentenanpassung entsprochen wurde. Wenn dadurch die Sozialrenten nur mit dreijährigem Abstand der Lohn-

und Gehaltsentwicklung folgen, dann ist das allerdings auf das Konto der Bonner Koalition und ihrer dynamischen Rentenformel zu buchen. Je größer aber der Erfolg der gewerkschaft-

Die Arbeitshetze wird immer größer

Arbeitskräfteverschleiß durch Lohnanreizsysteme

In der westdeutschen Industrie konnte seit 1950, dem Jahr, in welchem die Vorkriegsproduktion etwa wieder erreicht wurde, das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde um 140 Prozent gesteigert werden. In diesem Ergebnis spiegelt sich eine bedeutende Erhöhung der Arbeitsproduktivität wider; nur in wenigen kapitalistischen Ländern ist die Entwicklung in dieser Hinsicht schneller verlaufen.

Die Ursachen für das Tempo der westdeutschen industriellen Entwicklung und mit ihr der Arbeitsproduktivität sind oft erörtert worden: Ein anfangs absolut und heute immer noch relativ sehr niedriger privater Verbrauch, welcher sich in seinem zu geringen Anteil am Nationaleinkommen widerspiegelt, ermöglichte den Industrieunternehmen und insbesondere den großen Konzernen eine Investitionsrate, die jene der anderen kapitalistischen Industrieländer übertrifft. Die hohen Profite, die diese Investitionen finanzierten, waren sowohl darauf zurückzuführen, daß die westdeutsche Nachkriegs-Lohnentwicklung auf einem sehr niedrigen Niveau begann und später stets hinter der Produktivitätsentwicklung weit zurückblieb, als auch auf die außerordentlich hohe Arbeitsintensität.

Die westdeutsche Industrie befindet sich an der Schwelle der technischen Revolution. Nicht nur ein riesiger Kapitaleinsatz ermöglichte in den letzten Jahren die rasche Steigerung des Nutzeffekts der menschlichen Arbeit, sondern die sich mehrenden neuen Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik hatten zur Folge, daß auch für eine gleiche Kapitalmenge heute Produktionsmittel zu haben sind mit sehr viel höheren Leistungen als vor fünfzehn Jahren. Der Produktionsprozeß ändert sich in allen Industriezweigen rasch. Und mit ihm ändern sich die Arbeitsbedingungen der Menschen in der Produktion. In mancher Hinsicht ist die Arbeit leichter geworden, körperliche Schwerarbeit, im Sinne von Muskelarbeit, wird immer mehr verdrängt.

Bisher aber empfindet die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten kaum Auswirkungen des technischen Fortschrittes hinsichtlich der Erleichterung ihrer Arbeit; mehr Freiheit verspüren sie höchstens in der größeren Freizeit, die sie sich im harten gewerkschaftlichen Kampf erzwingen. In der Produktion, am Arbeitsplatz selbst, ist die Arbeit

lichen Lohnkämpfe ist, um so höher ist der Anpassungssatz für die Renten. Die Bundesregierung hat diese Rentenanpassungen in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten bisher keinen Pfennig aus dem Bundeshaushalt gekostet. Ihre Finanzierung erfolgte allein aus den Mitteln und Einnahmen der Versicherungsanstalten. Im Gegenteil: Bonns Finanzminister hat in diesem und im vorigen Jahr den Bundeshaushalt auf Kosten der Rentenversicherung durch eine Zwangsanleihe von 750 bzw. 500 Millionen DM ausgeglichen!

A. B.

anstrengender geworden. Die durch die Technik möglichen Erleichterungen wurden durch ein ständig wachsendes Arbeitstempo mehr als aufgewogen. Gestiegen ist die geistige Beanspruchung, die geforderte Aufmerksamkeit, die Verantwortung für eine immer kompliziertere Produktion, die notwendige Reaktionsschnelligkeit und oft auch Geschicklichkeit; bei anderen Arbeitnehmern dagegen stieg die unerträgliche Qual nervtötender Arbeitsmonotonie und die Unfallgefahr.

Die Möglichkeiten der Produktionssteigerung durch Anwendung der neuesten Technik haben die Unternehmer nicht dazu veranlaßt, auf die Steigerung des Arbeitstempos weniger Wert zu legen als früher. Im Gegenteil: Nichts hat sich geändert an ihrem Ziel, die höchste Verwertung ihres Kapitals anzustreben. Gerade in den letzten zwei Jahrzehnten haben die Unternehmer eine breite Skala neuer Methoden zur Verfügung, um die technisch ermöglichte Erleichterung der Arbeit durch höhere Intensität zu kompensieren.

Die Mittel, um Arbeiter und Angestellte zur höchsten Verausgabung ihrer Arbeitskraft zu veranlassen, sind vielfältig. Ohne Zweifel tragen auch alle Anstrengungen der Unternehmer zur ideologischen Beeinflussung im Sinne einer Sozialpartnerschaft hierzu bei.

In einigen nachfolgenden Artikeln sollen in den NACHRICHTEN betriebliche Maßnahmen dargestellt werden, die das Ziel haben, Arbeitstempo und Arbeitsintensität immer mehr zu steigern. Nicht zuletzt zeigen die Diskussionen in den Gewerkschaften, daß die fortschreitende Steigerung der Arbeitshetze wegen ihrer enormen Belastung für die Lohn- und Gehaltsempfänger eines der wichtigsten gewerkschaftspolitischen Probleme geworden ist.

H. S.

Lohnkompromiß im Schatten der Bundestagswahl

Für die 180 000 gewerblichen Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe ist rückwirkend vom 1. September eine Lohnerhöhung von 7,1 Prozent in Kraft getreten. Der neue Tarifvertrag gilt ein Jahr — bis zum 31. August 1966.

Das ist das Ergebnis eines Spruches des Obersten Schlichtungsamtes im graphischen Gewerbe, der nur vier Tage vor der Bundestagswahl zustande gekommen war. Während die gewerkschaftliche Forderung auf 12 Prozent lautete, hatten die Unternehmer 4,5 Prozent angeboten. Ein Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 6,5 Prozent vorsah, war von beiden Seiten abgelehnt worden.

Der neue Spruch des Obersten Schlichtungsamtes, der von den Unternehmern und der Gewerkschaft akzeptiert wurde, entspricht gegenüber dem vorhergegangenen Schiedsspruch mit einer Verbesserung von nur 0,6 Prozent ebenfalls nicht den auf Grund von Teuerung und Konjunktorentwicklung berechtigten Forderungen der Druckerei-Arbeiter. Er kam jedoch hauptsächlich unter dem Blickwinkel der Bundestagswahl zustande, denn die Gewerkschaft war offensichtlich nicht bereit, so kurz vor der Wahl zu einem Streik zu rüsten, der angesichts der Unternehmerrhaltung dann unvermeidlich geworden wäre.

120 DM Urlaubsgeld in der Bekleidungsindustrie

Ab 1. Januar 1966 erhalten die kaufmännischen und technischen Angestellten der Bekleidungsindustrie Schleswig-Holsteins ein zusätzliches Urlaubsgeld von 120 DM. Gleichzeitig wird die Arbeitszeit um eine Stunde auf 41 verkürzt. In dem zwischen der Gewerkschaft Textil — Bekleidung und dem Unternehmerverband ausgehandelten Tarifvertrag ist auch eine Gehaltserhöhung von 8 Prozent vorgesehen, die ab September 1965 wirksam wurde.

Sägewerker fordern soziale Besserstellung

Auf der 3. Bundessägewerkerkonferenz der Gewerkschaft Holz in Heilbronn forderten die Delegierten die Beseitigung des Rückstandes der Tariflöhne dieser Berufsgruppe gegenüber den Beschäftigten in anderen Industriebranchen. Unter 21 Wirtschaftsbranchen bilden die Sägewerker mit 3,54 DM Stunden-Ecklohn das „Schlußlicht“ in der Lohnskala. In rund 7000 Sägewerksbetrieben der Bundesrepublik sind etwa 70 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Konferenz fordert ferner die Verlängerung des durchschnittlichen Jahresurlaubs von zur Zeit 18 Tagen auf 24 Tage sowie die Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes — allerdings nur für Gewerkschaftsmitgliedern.

Skandalöse Mietentwicklung

Deutscher Mieterbund verlangt grundlegende Reform
der Wohnungsbaupolitik — Kostenmiete von 10 DM?

Eine grundlegende Reform der gegenwärtigen Wohnungsbaupolitik hat der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Geisselreither, auf der Jahrestagung dieser Organisation in Stuttgart gefordert. Notwendig sei vor allem ein verstärkter Bau von Mietwohnungen, während die Bundesregierung den Schwerpunkt „in besorgniserregender Weise“ immer stärker auf den Bau von Eigenheimen und Eigentumsmaßnahmen verlege.

Wie der frühere Hamburger Bürgermeister Nevermann auf der Tagung erklärte, will Bonn in Zukunft nur noch 210 Millionen DM jährlich für die Förderung des Mietwohnungsbaues bereitstellen, etwa 10 Prozent der Mittel, die die Länder und Gemeinden dafür aufbringen müssen.

In Bonn tut man so, als ob es die Not der gekündigten und von einer Mieterhöhung betroffenen Mieter in unserem Lande nicht gibt. Dabei hat jetzt selbst das Wohnungsbauministerium zugeben müssen, daß von einem Sinken der Mieten in den weißen Kreisen, wie es Minister Lücke vorausgesagt hatte, nicht die Rede sein kann.

Aber während das Bonner Ministerium eine Mietsteigerung von im Durchschnitt 17 Prozent zugibt, hat der Mieterbund in den Großstädten Mieterhöhungen von 56 bis 400 Prozent registriert. Im Durchschnitt betragen die registrierten Mieterhöhungen in Lübeck 56 Prozent, in Bremen 56,8 Prozent, in Karlsruhe 65 Prozent. In zwölf Monaten wurden in Duisburg und Kassel je 4000 bis 4500 Familien die Wohnungen gekündigt.

Das Einspruchsrecht des Mieters hat sich als glatter Betrug erwiesen. Von den dem Mieterbund bekannt gewordenen Urteilen in Wohnungsangelegenheiten sind nicht einmal fünf Pro-

zent positiv für den Mieter entschieden worden. Was Wunder, wenn der größte Teil der Mieter gegen ungegerechtfertigte Räumungsansprüche gar nicht erst klagt, zumal damit für ihn das Risiko sehr hoher Gerichtskosten verbunden ist.

Der CDU-Sprecher Rathke hat die Dokumentation des Mieterbundes als „Skandal“ bezeichnet. Ein Skandal aber, meinen wir, ist das Elend, in das die CDU/CSU mit ihren Abbaugesetzen Zehntausende Mieter und ihre Familien gestürzt hat. Ein wirklicher Skandal ist auch die Ankündigung des Sprechers des Rings Deutscher Makler, Erich Hertz, auf der 41. Jahrestagung dieses Rings am 23. September in Bremen, daß in Zukunft für Neubauwohnungen mit einer Kostenmiete von 10 DM pro Quadratmeter gerechnet werden müsse. Wann wird diesem Wahnwitz der Bereicherung weniger auf Kosten des arbeitenden Menschen Einhalt geboten?!

Die Mehrzahl der Mieter sind Arbeiter und Angestellte. Sollte es da nicht an allen Orten zwischen ihrer Organisation, den Gewerkschaften, und dem Mieterbund eine enge Zusammenarbeit, gemeinsame Protestmaßnahmen, geben, um den Auswirkungen der Bonner Gesetze zum Abbau des Mieterschutzes und zur Aufhebung der Mietpreisbindung wirksamer als bisher entgegenzutreten? —le

Nach den Wahlen: Preissteigerungen

Die inflationäre Tendenz verstärkt sich laufend

Die Bundestagswahlen sind vorüber, die CDU hat das Rennen gemacht, und damit ist auch die zeitweilige Zurückhaltung der Wirtschaft zu Ende: eine drastische Erhöhung der Brotpreise kündigt sich an. Mehrere große Brotfabriken haben gleich nach dem Wahltag spürbare Preiserhöhungen — die zweite in vier Monaten — vorgenommen. So setzte die Paderborner Brotfabrik, um nur ein Beispiel zu nennen, den Preis für 500 Gramm Schnittbrot von 90 auf 98 Pf. herauf. Für ein Kilo Mischbrot erhöhte sie den Preis von 1,50 auf 1,65 DM. Andere Firmen erhöhten die 1000-Gramm-Mischbrot-Preise auf 1,25 DM.

Die Bäckereien berufen sich auf die laufend steigenden Mehlpreise, die von den Mühlen gefordert werden. Alles deutet darauf hin, daß es in Kürze zu einer neuen Brotpreiserhöhung auf der ganzen Linie kommt. Gleichzeitig geht die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die im Juli,

nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, bereits um 4,2 Prozent über denen des Vorjahres lagen, verstärkt weiter. Davon sind vor allem die Güter des täglichen Bedarfs, die Lebensmittel, stark betroffen.

Nachdem die durchschnittlichen Preissteigerungen in den zurückliegenden Jahren seit Gründung der Bundesrepublik im allgemeinen um 2 bis 2,5 Prozent betragen und in den letzten Jahren ein Niveau von etwa 3 Prozent erreicht hatten, befürchten die Wirtschaftsinstitute jetzt einen Anstieg auf 4 bis 4,5 Prozent. Das ist ein sicheres Zeichen dafür, daß der CDU-FDP-Koalition die „freie Marktwirtschaft“ in der Bundesrepublik aus dem Griff zu gleiten beginnt. Die inflationäre Tendenz verstärkt sich infolge der Bonner Tatenlosigkeit einerseits und des ständig hochgeschraubten staatlichen Verbrauchs andererseits in besorgniserregender Weise.

- 9.—16. Oktober
7. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Karlsruhe
- 11.—15. Oktober
9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Stuttgart
- 9.—11. November
Bundesangestelltenkonferenz des DGB in Bad Godesberg
- 20.—21. November
6. DGB-Jugendkonferenz in München
- 9.—14. Mai 1966
7. DGB-Kongreß in Berlin

Für Spenden auf das
Postcheckkonto Stuttgart 960 19
verbindlichen Dank!
Die beste Unterstützung der
NACHRICHTEN
ist ein Abonnement!

Armut im Wirtschaftswunderland

Fast zwei Millionen Fürsorgeempfänger gibt es in der Bundesrepublik, wie das Statistische Bundesamt in einer Untersuchung auf der Basis von 1963 festgestellt hat. Man könne davon ausgehen, heißt es in dem Bericht ausdrücklich, daß sich dieser Zustand in den „nachfolgenden Jahren“ nicht grundlegend ändern werde. Insgesamt wurden 1,3 Millionen Haushalte mit im Durchschnitt 1,5 Personen Sozialhilfeempfängern ermittelt. Mehr als zwei Drittel der Betroffenen hatten das 60. Lebensjahr überschritten.

Die Tatsache, daß es sich bei den Fürsorgeempfängern hauptsächlich um Rentner handelt, deren Altersversorgung unzureichend ist, unterstreicht sehr anschaulich die Forderung des DGB nach Einführung einer auskömmlichen Mindestrente.

Arbeitsaufwand und Produktion

Um Waren im Werte von 1000 DM herzustellen, wurden im Jahre 1964 im Gesamtdurchschnitt der Industrie nur 85 Arbeitsstunden benötigt gegenüber 203 Arbeitsstunden im Jahre 1950. Im einzelnen verringerte sich der Arbeitsaufwand pro 1000 DM produzierter Güter im Bergbau von 312 auf 124 Arbeitsstunden, in der Feinmechanik und Optik von 260 auf 117, im Industriezweig Steine und Erden von 262 auf 109, bei der Kunststoffverarbeitung von 240 auf 62, beim Maschinenbau von 233 auf 123, beim Fahrzeugbau von 229 auf 61, in der Eisen- und Stahlindustrie von 226 auf 118, bei der Elektrotechnik von 214 auf 98 und in der Textilindustrie von 210 auf 98 Stunden.

Der Arbeits- und Sozialminister, Theodor Blank, begründete seinerzeit vor dem Bundestag das zweite Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung mit den Sätzen: „Zum freien Menschen gehört Eigentum. Eigentum mindert die Abhängigkeit von fremden Entscheidungen, es weckt und stärkt Verantwortungskräfte, es schafft Möglichkeiten selbständiger Lebensgestaltung.“ Das heißt aber doch nichts anderes, als daß nach Blanks Auffassung der Mensch erst dann frei und unabhängig ist, wenn er von seinem Vermögen leben kann und seine Arbeitskraft nicht verkaufen muß.

Staatliche Förderungsmaßnahmen sollen künftig den Arbeitnehmer anregen, sich über die „Vermögensbildung“ in die heutige Gesellschaft einzuordnen. Dabei argumentierte Blank, auch in der DDR würden Fernsehgeräte und Kühlschränke produziert und die Konsumunterschiede zwischen Ost und West würden immer geringer. Aber es blieben die Unterschiede in der Eigentums- und Vermögensbildung.

Diese Unterschiede bestehen darin, daß in der DDR die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum geworden sind, während hier in der Bundesrepublik bei den Arbeitnehmern die Illusion geweckt wird, man könne die Abhängigkeit der Lohn- und Gehaltsempfänger von den Besitzern der Produktionsmittel schleichweise über Klein- und Kleinstaktien abbauen.

Wie aussichtslos dieser Weg zu einer „selbständigen Lebensgestaltung“ ist, wird aus dem Jahresbericht des Sparkassenverbandes deutlich. Danach gab es 1964 rund 37 Millionen Sparkonten mit einem durchschnittlichen Guthaben von 1618 DM. Etwa 55 Prozent dieser Konten hatten jedoch eine Einlage von weniger als 300 DM, ihr Durchschnittsbetrag lag bei 80 DM. Aus dem Jahresbericht geht ferner hervor, daß der durchschnittliche Kontenstand von Arbeitersparkonten um mehr als ein Drittel unter dem allgemeinen Durchschnitt lag. Daraus ist zu schließen, daß bei den Arbeitern ein erheblich größerer Anteil der Konten Kleinstbeträge aufweist. Aber auch hier soll geholfen werden: Die Bundesregierung hat verfügt, daß die Aktienstückelung bereits mit einem Nominalwert von 50 DM beginnt, um die Illusion des „Volksaktionärs“ bis in die letzte Hütte zu tragen.

„Vermögensbildung“ zu Lasten der Spargbücher

Die unter dem Schlagwort „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ durchgeführte VEB-Privatisierung hat lediglich zu einer Verschiebung der Sparguthaben, aber keineswegs zu Vermögen geführt. Die Stadtparkasse Düsseldorf hat jetzt eine Auswertung

der VEB-Aktion veröffentlicht, die den Erfahrungen auch anderer Geldinstitute entspricht.

Danach wurden in der Düsseldorfer Stadtparkasse für 7,6 Millionen DM VEB-Aktien gekauft. Für die Bezahlung dieser Aktien wurden 3,6 Millionen DM durch die Sparkasse direkt von den Sparkonten abgebucht. Etwas über 1 Million DM wurde von den Girokonten abgebucht, während nur 2,3 Millionen DM bar eingezahlt wurden. Die Sparkasse vermutet aber, daß auch in dieser Zahl ein erheblicher Prozentsatz von Zeichnern steckt, die erst am Sparschalter Geld abhoben, um dann am Effektschalter die Aktien zu bezahlen. Die restliche Summe wurde auf andere Weise bezahlt oder war bis zum Tag der Auswertung noch nicht beglichen.

Wenn man nun noch berücksichtigt, daß nicht wenige VEB-Aktienkäufer für den Erwerb der Papiere Kredit aufgenommen haben, so ergibt sich, daß nur ein ganz kleiner Prozentsatz von VEB-Aktionären in der Lage war, die üblichen „Notgroschen“ aus laufenden Einnahmen aufzustocken. In der Regel führte der Erwerb von Kleinaktien lediglich zu einer Verlagerung der Ersparnisse von den Spargbüchern zu den Wertpapieren.

Zu guter Letzt:

Unmittelbar nach der Wahl berichtete der vom Parteivorstand der SPD herausgegebene „Ostspiegel“, das Zentralkomitee der illegalen KPD in Ost-Berlin habe die Deutsche Friedens-Union endgültig abgeschrieben. Der KPD-Vorsitzende Max Reimann betonte die DFU als lästigen Konkurrenten.

Vor der Wahl allerdings las man es im „Ostspiegel“ anders. Da bemühte sich das fragwürdige SPD-Organ nachzuweisen, daß die DFU eine Terrororganisation der KPD sei, offensichtlich mit dem Zweck, die DFU zu diffamieren, was bei dem in der Bundesrepublik zur Staatsreligion erhobenen Antikommunismus nicht ohne Erfolg geblieben zu sein scheint.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat.
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9

Telefon 34 38. Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter: Gerd Siebert

Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch.

Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona,
Winterstraße 9-11

Einzelpreis DM 0,60, im Abonnement DM 1,50
vierteljährlich plus Zustellgebühr

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet